

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Drög. H., Hefojanku 18.

Telephon:
Tagesredaktion:
26795, 31460.
Nachredaktion: 26792.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einsparungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

11. Jahrgang.

Freitag, 10. April 1931

Nr. 85.

Optimismus Hender'ons in der Abriistungsjrage.

London, 9. April. Staatssekretär des Aeußeren Hender'son hielt gestern eine Rede über die auswärtige Politik, in der er u. a. ausführte: Wir sind entschlossen, alle in unserer Macht Stehende zu tun, um durch ein Abkommen zwischen den Nationen die Abrüstung herbeizuführen. Heute sind wir dem Erfolge näher als je. Die Konferenz, die im Herbst nächsten Jahres eröffnet wird, wird die größte Konferenz der Weltgeschichte sein. Ihr Zweck ist, die Nationen gegenseitig davon zu überzeugen, daß Krieg die verderblichste und nutzloseste aller menschlichen Tötungen ist und deshalb abgeschafft werden sollte.

Titulescu in Bukarest.

Bukarest, 9. April. (Rodor.) Der Londoner Gesandte Titulescu traf heute zeitlich früh hier ein. Er wurde auf dem Bahnhof vom Ministerpräsidenten Mironescu, vom Sekretär des Königs und einer großen Zahl seiner Freunde und Journalisten begrüßt. Der Sekretär des Königs überreichte Titulescu die Einladung zu der für 11 Uhr festgesetzten Audienz. Allgemein hält man dafür, daß das neue Kabinett am Samstag gebildet sein wird.

Dem Kabinett würden Vertreter aller bedeutenden Parteien bis auf jene der Partei Forgas, der sozialistischen und der antisemitischen Partei angehören.

Titulescu wurde heute vom König in Audienz empfangen. Er verließ über Mittag bis 16 Uhr im königlichen Palais. Nach seinem Besuche erklärte er, der König habe ihm mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt und erklärt, sein höchster Wunsch sei und bleibe der Zusammenstoß aller Bürger zwecks Bewirkung des großen gemeinschaftlichen Zieles.

Titulescu nahm sofort die Beratungen mit den Führern der einzelnen Parteien zwecks Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration auf.

Große Ausperrung in Norwegen.

Oslo, 9. April. Die angekündigte Ausperrung von 43.000 Arbeitern mehrerer bedeutender Industriebetriebe sowie der Provinzdruckereien ist in Kraft getreten.

Der Anschlag auf die Warschauer Sowjetgesandtschaft.

Der Täter ein russischer Prokurator?

Warschau, 9. April. (P.A.Z.) Heute begann hier die Verhandlung im Prozesse gegen Johann Polanski, den die Anklage beschuldigt, im Jänner 1930 auf das Gebäude der Sowjetgesandtschaft in Warschau ein Attentat verübt zu haben.

Der Angeklagte erklärte, daß er zwar der Urheber des geplanten Bombenattentates gewesen sei, behauptete jedoch, daß die Bombenmaschine bereits konstruiert war, daß sie überhaupt nicht zur Explosion hätte kommen können. Der Angeklagte erklärte weiter, daß er keineswegs die Absicht hatte, die sowjetrussische Gesandtschaft in die Luft zu sprengen, sondern, daß er lediglich eine Demonstration gegen das Sowjetregime veranstalten wollte, das die ganze Welt bedrohe. Die Anklagen Polanskis wachen den Eindruck, als ob er betreibt, das Tribunal von seiner geistigen Unzurechnungsfähigkeit zu überzeugen.

Moskau, 9. April. (Zsh.) Die Moskauer Presse stellt den Polanski-Prozess als eine sowjetfeindliche Aktion der polnischen Justiz hin. Eine Reihe der wichtigsten Punkte der Anklageschrift sei schon durch offizielle Dokumenten dokumentiert worden. Die in der Anklageschrift enthaltenen Behauptungen, daß Polanski, der des Attentats auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau angeklagt ist, in sowjetdiplomatischen Diensten hand, sei durch die von zahlreichen polnischen Zeitungen veröffentlichten Verdächtigungen der Sowjetgesandtschaft vom 31. März widerlegt worden. Die Behauptung, Polanski als kommunisten hinzustellen, misslingen, als das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Österreichs offiziell erklärte, daß Polanski im Jahre 1920 wegen des Verdachts, in geheimen Diensten der Polizei zu stehen, aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde. Schließlich lasse die Erklärung des Vemberger Rechtsanwaltes Markas keine idealen Motive Polanskis zu, sondern stelle ihn als Provokateur im Dienste vieler Verhimpfungen bloß.

Ein Gegenzug Briands.

Französische Präferenzzölle für die mittel- und osteuropäischen Agrarländer?

Paris, 9. April. In der gesamten französischen Presse wird der getriggen Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem Außenminister Briand große Bedeutung beigemessen. Eingehendere Angaben als die übrigen Blätter macht „Echo de Paris“. Laval und Briand sollen, so wird angeführt, die jüngsten diplomatischen Ereignisse, namentlich die Flottenverhandlungen, das österreichisch-deutsche Abkommen und vor allem die Haltung erörtert haben, welche die französische Delegation in Genf in der Frage der österreichisch-deutschen Zollgemeinschaft einzunehmen hätte. Briand lasse jetzt wirtschaftliche Organisationspläne vorbereiten, die das

deutsch-österreichische Abkommen zum Scheitern bringen oder wenigstens in seinen gefährlichen Folgen einschränken sollen. In diesem Zwecke würden Vertreter des Außen-, des Finanz-, des Landwirtschafts- und des Handelsministeriums in dieser Woche mit einander Beratung nehmen. Namentlich würde überprüft werden, ob Frankreich den Agrarländern Mittel- und Osteuropas Vorzugszölle bewilligen könne, auch wenn deshalb mit dem System der Meistbegünstigungsklausel gebrochen werden müßte. Anfangs kommenden Woche würde die Zollpolitik Frankreichs sachlich endgültig festgelegt und amtlich bekanntgegeben werden.

Die „traditionelle deutsche Ungeschicklichkeit“.

Pariser Blätterstimmen zur verschobenen Einladung.

Paris, 9. April. Die Presse begrüßt die Meldung, daß die englisch-deutsche Konferenz auf den Monat Juni verschoben wurde, mit Befriedigung.

„Petit Parisien“ schreibt: In Berlin herrscht große Enttäuschung. Man versprach sich dort viel von der Londoner Konferenz, rechnete aber nicht mit der Besonnenheit und Aufrichtigkeit des Ministers Hender'son. Dieser durchblickte in der Tatsache das Manöver, in das ihn die deutschen Politiker hineinlocken wollten, und verhinderte es dadurch, daß er seine Einladung verweigerte.

„Le Journal“ führt aus: Wir wollen nicht

die Wahrheit dieser Verschiebung wissen, von der es heißt, ihr Grund sei eine Frage der passenden Gelegenheit. Wir geben uns mit der Feststellung zufrieden, daß nunmehr die Gefahr einer vorausgehenden Aussprache über die österreichisch-deutsche Zollvereinbarung in London außerhalb des Rahmens des Völkerbundes gebannt ist.

Pertinax sagt im „Echo de Paris“: Wieder einmal hat sich die traditionelle Ungeschicklichkeit der Mehrheit der deutschen Politiker der nachbismarckischen Ära gezeigt. Pertinax sieht den Grund für die Verschiebung der Konferenz darin, daß die Einladung vorzeitig angekündigt wurde und daß Hender'son, indem er die Konferenz verweigerte, dem Einfluß seiner Beamten seines Ministeriums erliegen ließ, die ihn auf den von ihm bezugenen Fehler und auf die Folgen aufmerksam gemacht haben, die er für die französische Politik haben könnte.

96.354 Arbeitslose in Nordböhmen.

Im März noch immer leichtes Ansteigen der Arbeitslosigkeit.

Die Anzahl der in den 47 Bezirksämtern für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung in Nordböhmen angemeldeten Arbeitslosen ist im Laufe des Monats März 1931 von 93.629 auf 96.354 gestiegen. Die Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrage erhielten 21.263 gänzlich arbeitslose Personen, so daß 75.091 Personen ohne Unterstützung angemeldet waren. Außerdem waren 17.092 zeitweise aus der Arbeit ausgeschiedene unterstützte Personen angemeldet, wobei mit einer wenigstens gleich hohen Anzahl der nicht unterstützten zeitweise Arbeitslosen gerechnet werden muß. Wenn auch die Gesamtzahl in mehreren Bezirken bei der Möglichkeit der Durchführung von Steinbrüchen und Sandgruben sowie bei den Vorbereitungsarbeiten in einzelnen Bergwerken als etwas günstiger bezeichnet werden kann, so sind doch in allen Bezirken sehr viele Arbeitslose, die vergeblich irgendeine Beschäftigung suchen. Die höhere Anzahl der angemeldeten Arbeitslosen ist auf die Verschlechterung der Lage beim Bergbau, in der Glasindustrie hauptsächlich in dem Gebiete Hajda-Stein-Schönau, in der Metallindustrie bei Tetschen-Bodenbach und Komolan und auf die erst jetzt durchgeführte genauere Fählung der Arbeitslosen in den Bezirken Schwardenau und Teplich-Schönau zurückzuführen.

Die Bezirksämter für Arbeitsvermittlung erfinden wiederholt alle Arbeitgeber, ihnen alle Arbeits- und Dienststellen zu melden und so zu einem leichteren Ausgleichen des Stellenangebotes und der Stellennachfrage am Arbeitsmarkte und zu einer besseren Ueberbrückung des Standes der Arbeitslosigkeit beizutragen. Die Arbeiterschaft aus anderen Gegenden muß vor-

der Reise nach Nordböhmen nur gewarnt werden, weil sie hier noch keine Arbeitsgelegenheit finden kann.

Die öffentlichen Notstandsarbeiten in Nordböhmen.

Zu der teilweise Besserung der äußerst ungünstigen Wirtschaftslage wenigstens in einzelnen Bezirken Nordböhmens haben im März nur die Notstandsarbeiten beigetragen, bei denen wenigstens angefangen, bzw. doch regelmäßiger gearbeitet werden konnte. Zu dem Betrage von 3.853.100 K., welcher bereits früher von dem Ministerium für soziale Fürsorge für 230 Notstandsarbeiten in Nordböhmen für 9628 Personen bewilligt wurde, wurde bis zum 31. März 1931 neu der Betrag von 1.284.000 K. auf 66 Arbeiten für die Beschäftigung von 3126 Personen bewilligt.

Mit dem Erlasse des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 18. März 1931, Zahl: 11.781/III-EBI wurde neuerdings besonders betont, daß bei den unterstützten Notstandsarbeiten vor allem diejenigen Arbeitslosen aufzunehmen sind, deren Existenz durch die Arbeitslosigkeit bedroht scheint, besonders solche, die keinerlei Vermögen haben und auf den Verdienst in Lohnverhältnisse angewiesen sind. Die Bezirksämter für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung sollen die Lohnlisten, die dem Ministerium für soziale Fürsorge vorzulegen sind, bestätigen und sich auch überzeugen, ob die oben erwähnte prinzipielle Entscheidung eingehalten wird. Es ist daher notwendig, alle Arbeiter für derartige Arbeiten wirklich durch die genannten Anstalten aufzunehmen, weil diese sonst die Lohnlisten nicht bestätigen können.

Keinstwegs eine Mehrbelastung der kommunalen Wohlfahrt, da nach Mitteilung des Städtetages die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten nur um 1 bis 2 Prozent gestiegen ist.

Das wird auch dadurch bestätigt, daß der Rückgang der Gesamtzahl der Arbeitslosen um 224.000 sich ungefähr deckt mit dem Rückgang der Haupt- und der Kriegsmittelunterstützungsempfänger. Nach dem Bericht der Reichsaustalt für Arbeitslosenversicherung handelt es sich bei der rückläufigen Bewegung nicht nur um eine Entlastung des Arbeitsmarktes in den Saisonberufen, sondern auch um eine Entlastung in den übrigen Berufen.

Die deutschen Arbeitslosenziffern.

Rückgang um 224.000 seit Mitte März.

Berlin, 9. April. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt nach der Fählung vom 31. März 4.756.000, das bedeutet einen Rückgang gegenüber der Fählung vom 15. März um 224.000. Von den Arbeitslosen waren Hauptunterstützungsempfänger 2.315.554, d. i. ein Rückgang um 211.000; die Zahl der Kriegsmittelunterstützten betrug 93.359, also 26.000 weniger als bei der letzten Fählung. Der Rückgang der Haupt- und der Kriegsmittelunterstützungsempfänger bedeutet

Der Handelsvertrag mit Jugoslawien.

In der vorigen Woche wurde endlich der Handelsvertrag mit Jugoslawien unterschrieben und dadurch der Rahmen geschaffen, in dem sich unsere künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu dem genannten Lande bewegen werden. Wirtschaftlich ist der Abschluß dieses Vertrages von gewisser Bedeutung. Das geht schon daraus hervor, daß sich im Jahre 1930 trotz der schweren Krise, die in der Weltwirtschaft und bei unszulande bestand, der Handelsverkehr mit Jugoslawien verdichtet hat. Von 1929 bis 1930 ist die Einfuhr aus Jugoslawien in die Tschechoslowakei von 340 Millionen Kr auf rund 439 Millionen Kr gestiegen und ebenso hat die Ausfuhr eine Steigerung von 1154 Millionen Kr auf 1536 Millionen Kr erfahren.

Das Abkommen mit Jugoslawien ist der erste Pariser Vertrag, der überhaupt zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien zustande gekommen ist. Trotzdem wir bereits mit dem Lande eine Reihe von Verträgen abgeschlossen haben und trotz des engen politischen Bündnisses der beiden Staaten ist es bisher zu einem Tarifabkommen, d. h. zur Abschaffung einer Reihe von Positionen des autonomen Zolltarifs bisher noch nicht gekommen. In dem ersten Vertrag, den die beiden Länder am 9. September 1919 abschlossen, wurde bloß der Vertragszustand hergestellt, der vor Ausbruch des Krieges zwischen Österreich und Serbien bestanden hat. Die zweite Regelung des handelspolitischen Verhältnisses der beiden Länder wurde am 18. Oktober 1920 getroffen und war ein bloßes Meistbegünstigungsabkommen. Im Jahre 1926 wurden neue Verhandlungen eingeleitet, die den Abschluß eines Tarifvertrages zum Ziele hatten, die aber infolge der Weigerung der Agrarier an den Getreidezöllen auch nur zu rühren, scheiterten. So blieb nichts anderes übrig, als — es geschah dies im November 1928 — einen Vertrag abzuschließen, der wieder auf dem System der Meistbegünstigung beruhte. Die Weigerung der Tschechoslowakei zu einem für Jugoslawien ertragreichen Tarifabkommen zu gelangen, hat in Jugoslawien lebhaftes Befremden hervorgerufen und hat auch die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder ungünstig beeinflusst. Erst in der vorigen Woche gelang, wie schon erwähnt, der Abschluß des mehr als ein Jahrzehnt erstrebten Tarifvertrages, was zweifellos eine Folge der Beteiligung der sozialistischen Parteien an der Regierung ist. Hätten wir noch die Bürgerkoalition, wäre auch der bescheidene Erfolg, den der Vertrag für die tschechoslowakische Wirtschaft und für unsere industriellen Exportdarstellung, kaum zustande gebracht worden.

Ueber den Inhalt der Verträge haben wir bereits hier kurz berichtet. Jugoslawien hat Zollherabsetzungen nur auf wenige Waren, einige Metalle, Glas, Porzellan, wenige Textilwaren und Schuhe gewährt. Die stärkste Zollherabsetzung betrifft Bier, wo die Ermäßigung 50 Prozent beträgt. Größere Zugeständnisse haben die tschechoslowakischen Unterhändler nicht erlangt, weil sie eine Herabsetzung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte, vor allem Getreide nicht zugestanden haben. Die handelspolitische Kurzsichtigkeit, die unsere Agrarier immer wieder beweisen, hat somit einen durchgreifenden Erfolg, den dieser Vertragsabschluss für unsere Industrie sonst hätte haben können, verhindert.

Uebrigens werden auch diese kleinen Zugeständnisse, die Jugoslawien schließlich und endlich gemacht hat, noch in Frage gestellt durch die mit 1. April in Kraft getretene Pauschalierung der Umsatzsteuer in Jugoslawien. Dadurch wird die Umsatzsteuer gleich bei der Einfuhr erhoben und durch den hohen Satz dieser Umsatzsteuer, die bei den verschiedenen Waren ein bis fünf Prozent beträgt, werden die tschechoslowakischen Waren verteuert und ihr Absatz erschwert.

Im Hinblick auf die handelspolitischen Diskussionen in der letzten Zeit, die durch den deutsch-österreichischen Plan einer Zollunion hervorgerufen wurden, ist es interessant, daß der Vertrag in gewisser Hinsicht eine Verleugung des Meißbegünstigungsabkommens darstellt. Es wurde nämlich Jugoslawien die kontingentierte Ausfuhr von Weizen, Mais und Schweinen zugesichert, damit also Vorteile gewährt, die andere Staaten bei der Einfuhr der gleichen Produkte in die Tschechoslowakei nicht besitzen. Wenn auch die Abnahme dieser Kontingente nicht durch den Staat, sondern durch die Genossenschaften erfolgt, wenn also der Verkehr dieser Waren nicht durch den Staat, sondern durch private Organisationen abgewickelt wird, könnten andere Staaten in dieser Maßnahme eine Verleugung der ihnen gewährten Meißbegünstigung erblicken. Falls also unsere offizielle Außenpolitik sich darauf festlegen sollte, in den deutsch-österreichischen Plänen einen Bruch der Meißbegünstigungsklausel zu erblicken, wird man der Tschechoslowakei von deutscher und österreichischer Seite vorhalten können, daß auch wir es mit der Meißbegünstigung nicht so genau nehmen.

Ebenso bemerkenswert ist es, daß es nicht zu einem Präferenzabkommen zwischen den beiden politisch verbündeten Staaten gekommen ist. Es wird zwar immer von manchen tschechischen Politikern jeden Augenblick der Wunsch ausgesprochen, die Staaten der Kleinen Entente mögen einander Vorzugszölle gewähren, wenn es aber zu Verhandlungen kommt, ist die agrarische Profitgier und Engherzigkeit stets größer als die Lippenbekenntnisse der begeisterten kleinen Ententepolitiker innerhalb der rotbraunen Grenzpfähle.

Trotz aller Feierlichkeiten, mit denen die Unterzeichnung des mageren Vertrages verbunden war — man hat schon wichtigere Verträge ohne so viel schöne Reden abgeschlossen — hat der Vertrag in seriösen tschechischen Kreisen keine große Begeisterung hervorgerufen. Als Beweis dafür sei nur angeführt, was das Wirtschaftsblatt „Hospodarska Politika“ schreibt: „In politischer und psychologischer Hinsicht ist die Bedeutung des neuen Vertrages im gegebenen Augenblick vielleicht noch größer als in wirtschaftlicher; es hat sich gezeigt, daß wirtschaftliche Verhandlungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente zwar sehr schwierig, aber bei gutem Willen doch möglich sind.“ Es ist ein magerer Trost, wenn man sich schon damit zufrieden gibt, daß Verhandlungen mit einem politisch verbündeten Staat überhaupt möglich sind.

Bedeutet also der Abschluß des Vertrages mit Jugoslawien einen kleinen, leider allzu bescheidenen Fortschritt in unserem handelspolitischen Verhältnis mit den mitteleuropäischen Staaten, so muß man auf die entscheidende Tatsache hinweisen, daß unsere Industrie und damit unsere Arbeiterschaft vor allem ein Interesse daran haben, wenn unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu jenen Ländern geregelt werden, die die größten Abnehmer unserer Erzeugnisse sind. Daß sich unser Außenministerium zu diesen Ländern in der

letzten Zeit nicht sehr freundschaftlich benommen hat, bedeutet keinen guten Aufschub zu den Handelsvertragsverhandlungen, die uns bevorstehen und die für uns noch wichtiger sind als die Verhandlungen mit Jugoslawien. Wir leben noch immer im Zollkrieg mit Ungarn, die Kündigung des Handelsvertrages seitens Österreichs steht bevor, der Vertrag mit Deutschland, über den schon jahrelang verhan-

Minister Meissner 60 Jahre

Der den gegenwärtigen Justizminister Genossen Dr. Alfred Meißner kenn, wird über-rascht sein, daß dieser jugendlich aussehende, körperlich und geistig so bewegliche Mann heute das sechzigste Lebensjahr erreicht hat. Dr. Meißner wurde am 10. April 1871 in Jungbunzlau als Sohn eines Kaufmanns geboren, hat an verschiedenen Universitäten Jurisprudenz studiert und ist schon frühzeitig in die Arbeiterbewegung gekommen, für die ihn der unvergessliche Erweber der tschechischen Arbeiterschaft Karl Dedic, gewonnen hatte. Schon als Student nahm er eifrig am Leben in der tschechischen Sozialdemokratie teil und gab in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mit einigen deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Intellektuellen die deutsch und tschechisch geschriebene „Akademie“ heraus. Er ließ sich dann in Prag als Advokat nieder und ließ seine außerordentlichen juristischen Kenntnisse und seinen scharfen Verstand der Arbeiterbewegung. Er hat als Advokat viele deutsche und tschechische Arbeiter, Angestellte und Kleinbauern vertreten und ist mit großem Geschick vor den Schranken des Gerichtes für die Rechte der wirtschaftlich Unterdrückten eingetreten. Er genoss schon vor dem Weltkrieg großes Vertrauen innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie, aber es verfolgte ihn das Wahlungslud derart, daß er weder bei Wahlen in die Prager Gemeindevertretung noch in den böhmischen Landtag, noch in das österreichische Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Erst nach dem Umsturz konnte er seine politischen und juristischen Fähigkeiten voll entfalten. Er wurde Mitglied der revolutionären Nationalversammlung, Vorsitzender des verfassungsrechtlichen Ausschusses und hat als solcher führend an der tschechoslowakischen Verfassung und an der Wahlordnung mitgearbeitet. Nach den ersten Wahlen wurde er in der Regierung Tuzar zum ersten Mal Justizminister. Nach seinem Austritt im Herbst 1920 widmete er sich mit voller Kraft der Parteibewegung und ist heute einer der führenden Männer seiner Partei, die seinen Auffassungen in allen politischen und taktischen Fragen Gehör leiht. Im Dezember 1929 wurde er zum zweiten Mal Justizminister und ist es bis zum heutigen Tag geblieben. Mit ihm ist ein Mann ins Justizministerium eingezogen, der sein Ressort glänzend versteht. Die Politik der Annäherung der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie hat in ihm einen entschlossenen Vertreter gefunden und deshalb können ihm auch von Seiten der deutschen Arbeiterschaft am heutigen Tage die herzlichsten Glückwünsche dargebracht werden.

Nationalisierung und Arbeiterschutz.

Errichtung einer besonderen Abteilung im Ministerium für soziale Fürsorge.

Der Nationalisierung der Industrie, welche mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf das engste zusammenhängt, wird seitens der Gewerbeinspektion große Aufmerksamkeit geschenkt und

delt wird, ist gleichfalls noch nicht abgeschlossen. Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, Österreich und Ungarn werden also die tschechoslowakischen Unterhändler ihre staatsmännische Prüfung abzugeben haben, denn von dem Erfolg dieser Verhandlungen hängt es ab, ob wir aus der Verringerung der Weltkonjunktur größeren oder geringeren Nutzen ziehen können.

Dieses Thema war auch der Gegenstand der Verhandlungen auf der Konferenz der Gewerbeinspektoren der Tschechoslowakei, welche über Weisung des Ministers für soziale Fürsorge zu Ende des vorigen Jahres stattgefunden hat.

Bei dieser Beratung wurden ausführliche Referate darüber gehalten, wie die Nationalisierung bisher auf das Arbeitsverhältnis gewirkt hat. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat beim Zentralgewerbeinspektorat eine besondere Abteilung errichtet, deren Aufgabe es ist, die Wirkungen der Nationalisierung auf die Sozialpolitik zu studieren. Das nächste Ziel dieses Studiums werden zweckentsprechende Maßnahmen sein, damit die menschliche Arbeitskraft bei der Durchführung der Nationalisierung geschützt werde. Die Gewerbeinspektorate werden dem Zentralgewerbeinspektorat Berichte über ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Nationalisierung und ihrer Vorkehrungen zum Schutze der Arbeiterschaft bei Nationalisierungsmaßnahmen vorlegen, welche vom Zentralgewerbeinspektorat verarbeitet und zur Veröffentlichung gelangen werden. Schon jetzt haben Gewerbeinspektorate derartige Berichte geliefert, die im Ministerium für soziale Fürsorge durchstudiert werden. Sie sind ein wertvolles Material für die weiteren Arbeiten dieser Nationalisierungsabteilung.

Die Schatten des Verwaltungsreformgesetzes.

Unter diesem Titel veröffentlicht der tschechisch-sozialdemokratische Landesratsabgeordneter von Böhmen, R. Jandz, im „Právo Lidu“ einen Artikel, in dem er u. a. schreibt:

Die öffentliche Verwaltung vereinfacht werden ist, davon kann sich jeder durch einen Blick auf einen Akt überzeugen, auf dem so viel Unterschriften sichtbar werden, wie in irgend einem Gedenkbuch. Jeder solche zum Teil bedeutungslose Akt wird von einigen Juristen, Rechnungsbeamten, Kanzleibeamten unterschrieben und zum Schluß verewigt sich dort der Herr Landespräsident oder einer seiner Stellvertreter. Es ist selbstverständlich, daß der Akt auf jede solche Unterschrift warten muß, und je höher der Rang, desto schwieriger die Unterschrift zu erlangen, und so dauert es ganze Wochen, bevor der Akt erledigt ist.

Daß ich nicht überreibe, zeigt am besten die Angelegenheit mit der Zuckerlieferung in die Landesanstalten. Der Herr Oberdirektor Weiß hat die Rechnungs- und Kassaagenda in den Landesanstalten auf die Weise vereinfacht, daß er alle Zahlungen auf die Landesbehörde übertrug. Die Folge davon ist, daß jetzt jeder armselige Gewerbetreibende ganze Monate auf die Bezahlung der Rechnung warten muß. Er geht von Tür zu Tür, bittet, beschwert sich, alles vergebens, der Amtsschimmel setzt sich in Lauf. Nun haben die Zuckerlieferanten zu einem anderen Mittel gegriffen. Sie haben es einfach

abgelehnt, den Landesanstalten Zucker zu liefern, wenn der Zucker nicht sofort bezahlt wird und wollen nicht monatelang auf das Geld warten. Das hat geholfen. Der Herr Landespräsident hat die Situation dadurch geregelt, daß er allen Anstalten einen besonderen Erlaß zugedenk ließ, durch welchen die Verwalter ermächtigt wurden, Rechnungen für Zucker bis zur Höhe von 60.000 Kč in den Anstalten selbst auszugeben. Das bezieht sich aber nicht auf die Milchlieferanten, die Bäcker, Fleischer und andere Gewerbetreibende. Diese armen Menschen müssen wieder eine Reihe von Wochen warten, bis ihre Rechnung das Labyrinth der Landesbehörde durchläuft und sie die Bezahlung erhalten.

Wie der Deutsche Hauptverband die Wirtschaftskrise bekämpft und den Arbeitern helfen will.

Schon vor längerer Zeit drang die Mitteilung in die Öffentlichkeit, daß der deutsche Hauptverband der Industrie die Absicht habe, durch die Betriebe die Verpflegung der Arbeiterschaft zu übernehmen. Bei dieser Absicht war wohl weniger das Bedürfnis den Arbeitern zu helfen als die Begründung für einen Lohnabbau vorhanden. Nach all dem, was man hören konnte, mühte man annehmen, daß es sich um eine großzügige Aktion handelt, durch welche die Preise der Lebensmittel gewaltig gesenkt werden.

Nun tritt als erste die Ortsgruppe W a r n s d o r f des deutschen Hauptverbandes der Industrie auf den Plan. In seinen Betrieben wurde folgende Mitteilung an die Arbeiterschaft veröffentlicht:

Mitteilung an die Arbeiterschaft!

Die Industrie und ihre Organisationen sind unabhängig bemüht, jene Voraussetzungen zu schaffen, auf welchen die Wirtschaftskrise überwunden werden kann. Hierzu gehört auch eine weitere Verringerung der Lebensmittelpreise. Wir sind nun in der Lage, unserer Arbeiterschaft Lebensmittel allererster Qualität zu besonders günstigen Preisen zu beschaffen. Die angeführten Preise beziehen sich bei Abnahme der angeführten Mindestmengen, bei Abnahme von größeren Mengen in Originalpackungen treten weitere Preisermäßigungen ein.

Jene Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von diesem billigen Angebot Gebrauch machen wollen, hätten Warengattung und Menge der Betriebsleitung (Herrn) bis spätestens Mittwoch abends 6 Uhr jeder Woche bekanntzugeben. Die Zustellung der bestellten Lebensmittel erfolgt in Einzelpackungen. Die Verteilung der bestellten Lebensmittel wird dann bei gleichzeitigem Zutroffen Freitag nach Arbeitslohn durchgeführt. Die Abgabe dieser Lebensmittel erfolgt nur gegen Vorkasse.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß nur Waren prima Qualität zu Originalpreisen ohne jeden Nutzen oder Zuschlag für uns geliefert werden. Durch diese Aktion, die nur im Interesse der Arbeiterschaft selbst eingeleitet wurde, wird erhofft, daß sich recht viele Arbeiter und Arbeiterinnen daran beteiligen.

Warnsdorf, am 27. März 1931.

Man war der Meinung, daß die Industrie finanzielle Opfer bringen wird, damit die Lebensmittel tatsächlich niedrig, vielleicht sogar unter dem Einkaufspreis abgegeben werden. Aber nichts davon geschah. Die Unternehmer bestanden die Waren von einem dortigen Kolonialhändler und geben sie an die Arbeiterschaft weiter. Die Preise, welche hier verlangt werden, unterscheiden sich nicht wesentlich von den Preisen in den anderen Geschäften oder den Konsumvereinen. Der Arbeiter ist aber genötigt, das in der Warenliste ange-

Aus dem Leben eines Barmädchens.

Berichtet von G. Schloß.

Ihre Arbeit war wahrlich nicht leicht als die, der die Tausende in den Morgenstunden entgegenzuführen. Und doch schien sie ihr weniger ehrlich. Abby Goldern beruhigte sie und versuchte ihr klar zu machen, daß jede Arbeit, zu der ein Proletariatskind gezwungen sei, ehrlich sei, ehmüdigend allein für die, die sie nun einmal dazu zwangen. Loni hatte Respekt vor Abby Goldern und glaubte ihm. Aber sie konnte den Widerwillen gegen die mit Müßiggang, Sekt und Völlerei geladene Atmosphäre einer Luxusbar, in der die Satten und Abenteuerer des Abends und in der Nacht viele Tausende hinauswarfen, nicht überwinden. Im Gegenteil: der Widerwillen wurde in jeder dieser Nächte, die sie hinter dem Barzisch zubringen mußte, größer. Aus dem Dunst und Zigarettenrauch, den Wolken erotischen Parfüms, der schwülen, niederziehenden Aufregtheit, tauchte Steueremann ten Hols breite Gestalt auf. Ganz deutlich sah Loni den kantigen Kopf, die träumenden Augen. Das Banjo wehte ein paar leise, dunkle Töne zum Barzisch hinüber. Das war, als ob ten Holt lebe, gute Worte sagte. Ihre Hände zitterten. Ein paar mal hatte Leon Rouget sie ermahnen müssen, vorsichtiger mit seinen kostbaren Wirturen umzugehen. . . . Loni dachte immer an ten Holt. Sie konnte es nicht begreifen, daß sie ihn nie wieder sehen würde.

Abby Goldern wollte sie zertrennen, sie aus ihren träben Gedanken reißen, er wollte ihr Banjo und die Hadeln zeigen. Die Nachmittage waren warm und sonnig. Aber Loni saß in ihrem Zimmer, sah durch das offene Fenster in ein Stück Himmel. Ihre Haut schimmerte durchsichtig. Ihre Augen waren tief. Um ihren Mund lag schmerzliche Behaltenheit.

VI. Monsieur Rouget.

Leon Rouget lebte das Leben eines großen Herrn, wenigstens versuchte er es. Er war klein, fast zierlich. Unter pechschwarzem Haar, das raffiniert vertwegen in einer Tolle in die Stirn fiel, blickten dunkle, romantische Augen, die die Frauen betörten. Er war strupellos genug, um sich nach ein paar Wochen der Leidenschaft vor ihnen abzuwenden. In der Nähe der „Barbarina“ besaß er eine kleine Wohnung im Gartenhaus: drei elegante Zimmer, ein wenig zu modisch eingerichtet für einen Mann, Bad und Küche. Er konnte sich das erlauben. Die „Barbarina“ verdankte seiner großen Mixkunst Ruf und Anziehungskraft. Sein Gehalt war beträchtlich, und seit Loni ihm assistierte, stiegen auch die Umsatzzahlen.

Diese Loni war wirklich eine Aquifition, dachte Monsieur Rouget und blies den Rauch seiner hart porzellanartigen Zigarette zur Decke seines Herrenzimmers.

Und sie war bildschön, wirklich bildschön. . . . Es fiel ihm ein, daß Abby Goldern ihm in der Nacht gefloht hatte, daß Loni heute neunzehn Jahre würde.

Er sprang mit einem Satz von der Ottomane, klingelte dem Mädchen und befahl ihm, seinen Leanzug bereitzulegen. Das war eine prächtige Gelegenheit, Loni einmal außerhalb des Betriebes sprechen zu können. . . .

Interwags kaufte er langhalsige gelbe Rosen, halberblühige Anospfen, Monsieur Rouget verstand sich auf dergleichen. Er lächelte siegesgewiß, als er die Treppen zu Lonis Wohnung hinaufstieg.

Loni war überrascht. Sie erschraf sogar: Monsieur Rouget war zu aufmerksam. Monsieur wehrte ab. Aber das sei doch nur eine Kleinigkeit, nicht der Rede wert.

Loni dachte den Teufel. Monsieur war ergründ von ihrer Anmut und Gewandtheit. Er sah

sie ungeniert an, folgte jeder ihrer Bewegungen, prüfte mit den Augen ihren Körper.

Loni spürte es. Eine leichte Röte stieg ihr in die Stirn.

Abby Goldern pfiff leise durch die Zähne. Aha, da wollte Monsieur Rouget hinaus. Da galt es aufzupassen.

„Wissen Sie, Rouget, daß Loni verlobt war?“, sagte Abby Goldern.

Rouget sah ihn erkannt an.

„Ja“, nickte Abby Goldern.

Rouget betrachtete seine Fingernägel. O, da kam er sicherlich zu spät. Und er dachte, sie würde begeistert sein, wenn ein Mann wie er sie zu seiner Freundin machen wollte. Ja, das wollte er ernsthaft. Er war sehr eitel, Monsieur Rouget. Es würde vorteilhaft sein, wenn er sich mit Loni zeigen könnte.

Die Männer würden ihn beneiden und die Frauen eifersüchtig sein.

Aber vorerst hatte er schlechte Aussichten. Loni tat ihren Dienst wie immer und sprach nur das Nötigste.

Da kam ihm ein Zufall zu Hilfe, einer jener Zufälle, die man wohl Schicksal zu nennen pflegt und die gewöhnlich eine Kette von Zwangsläufigkeiten in sich schließen, die gerade jene am härtesten treffen, die sich von Kind an an harte Abhängigkeiten gewöhnen müssen.

Loni war jetzt zwei Monate in der „Barbarina“. Sie war gewissenhaft und tat, was sie tun mußte, das heißt, was die Direktion beschloß. Das meiste fiel ihr schwer und bedrückte sie. Aber Abby Goldern blühte immer zur rechten Zeit von seinem Banjo zu ihr hinüber und machte ihr Mut.

Allmählich gewöhnte sich Loni an die geizigen Blicke der Männer, die glaubten, sie seien Kavaliere, weil sie einen Frack trugen und eine blendend weiße Weste, und die in Mädchen, wie

Loni, Freiwild sahen, mit dem sie machen konnten, was sie wollten.

Eines Nachts geschah es, daß einer dieser Herren nach ein paar Flaschen Sekt und einigen Cocktails von Loni verlangte, sie solle mit ihm kommen. Und als sie sich weigerte, machte der vornehme „Kavaliere“ Krach, bis der Direktor kam und in ihm den Sohn eines der Aktionäre des Unternehmens erkannte, dem Loni, wie er meinte, unbedingt gehorchen mußte.

Als sie sich weigerte, ließ er ihr zwanzig Mark auszahlen und warf sie hinaus.

Monsieur Rouget fand das ungerecht. Sie tat ihm leid. Das war eine bodenlose Gemeinheit, das arme Ding auf die Straße zu werfen. Aber nun war er am Ziel.

Und er hatte sich nicht verrechnet. Loni war so niedergeschlagen, fühlte sich trotz Abby Goldern und ihres noch von dem ammen ten Holt bezahlten Zimmers so einsam, hatte solche Angst vor dieser großen, erbarmungslosen Stadt, daß Rouget gewonnenes Spiel hatte.

Sie überließ Abby Goldern ihr Zimmer und zog zu Rouget.

Rouget überschüttete sie mit Geschenken, ging auf ihre verhaltene Art ein, umgab sie mit Zärtlichkeit.

Und Loni, die sich nach ten Holt sehnte, versiel in ihrer Unerfahrenheit den berechnenden Künften Rougets.

In diesen Wochen sah sie Abby Goldern kaum mehr. Er fragte nicht. Er hoffte Rouget und ahnte kommende Leiden.

Und sie kamen bald, diese Leiden. Nach drei Monaten Zusammenlebens mit Rouget mußte Loni, daß sie ein Kind haben würde. Sie zögerte, es Rouget zu sagen. Es war nicht Angst. Wozu auch Angst? . . . Sie freute sich. War es nicht schön, zu wissen, daß man ein Kind haben würde?

(Fortsetzung folgt.)

Rüftet zur machtvollen Feier des 1. Mai!

führt Mindestquantum, welches z. B. bei Mehl 5 Kilogramm beträgt, auf einmal zu nehmen und diese Ware auch bei der Uebernahme sofort bar zu bezahlen. Daß durch diese Methode und die dadurch erzielte Mehrabnahme eine kleine Verbilligung erzielt wird, ist begründlich.

Diese Lebensmittelration dürfte wohl hauptsächlich deshalb rasch eingeleitet worden sein, weil in der Barnsdorfer Textilindustrie die Lohnverträge gekündigt wurden und ein Lohnabbau verlangt wird. Man will wahrscheinlich damit zu beweisen, warum durch diese Verbilligung die Lebenslage der Arbeiterschaft sich merklich verbessert hat. In der Wirklichkeit kommt jedoch für jene Arbeiter, welche die Lebensmittel durch den Unternehmer beziehen, eine wesentliche Verbilligung ihrer Lebenshaltung gar nicht in Betracht.

Der Unternehmerorganisation muß sehr viel daran liegen, sich mit dieser Lebensmittelgabe durchzusetzen, weil sie den Firmen anempfiehlt, sich ausnahmslos an dieser Aktion zu beteiligen und es sollen sich auch die Angestellten sowie die Firmeneinhaber mit ihren Familien anschließen. Der Deutsche Hauptverband der Industrie in Barnsdorf ist durch diese Handlung direkt zum Generalagenten der Kolonialwarenhandlung Daniel Viesel in Barnsdorf geworden. Ob es da auch irgendwelche Provisionen gibt, ist uns natürlich unbekannt. Immerhin scheinen aber die Beziehungen des Deutschen Hauptverbandes in Barnsdorf zu dieser Kreisfirma sehr günstige zu sein.

Dieser Versuch der Unternehmer in Barnsdorf bedeutet eine große Augenaußwechsellerei der Öffentlichkeit. Für die Arbeiterschaft ist eine solche Regelung nur schädlich, da sie durch dieselbe noch mehr in die Abhängigkeit des Unternehmers gerät, als es bisher schon der Fall war. Es kann nun vorkommen, daß der Arbeiter am Lohnstag das empfangene Geld für diese Lebensmittel wieder dem Unternehmer abführen muß und ohne Bargeld nach Hause gehen kann. Das beste Geschäft dabei macht natürlich der Kaufmann. Er erzielt durch diese Aktion eine größere Abhängigkeit von Lebensmitteln, die er ständig bar bezahlt erhält, wobei das Risiko eines Wertverlustes vollständig ausgeschlossen ist. Wenn wir diese Aktion mit den feierlichen Ausführungen des Generalsekretärs Dr. Fernegg vergleichen, so fällt dieser Vergleich für diese Aktion sehr glücklich aus.

Auf alle Fälle wird die Arbeiterschaft dafür Sorge tragen, daß daraus nicht eine neue Bindung nach früherem berüchtigtem Muster entsteht und in der Lage sein, sich vor jeder Einengung der Freiheit zu bewahren.

Bier Ostrauer Gruben im Streit.

Mähr.-Ostrau, 9. April. (Tschechoslowakisches Pressbüro.) Seitens ist auf drei Witzel-Gruben in Schlesiens-Ostrau ein von Kommunisten hervorgerufener Demonstrationsstreik ausgebrochen. Als Ursache wurde angegeben, daß auf einer der Gruben wegen schlechten Abwässers und mangelnder Beschäftigung 25 Arbeiter entlassen werden sollen. Heute hat sich der Streik teilweise auch auf die vierte Witzelgrube ausgedehnt. Die Belegschaft ist größtenteils kommunistisch.

Der sozialdemokratische „Duch casu“ macht darauf aufmerksam, daß der Streik von den Kommunisten ohne Wissen und Zustimmung der übrigen Organisationen entfacht wurde, und wirft den Kommunisten vor, daß sie die Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz aller Betriebsratsmitglieder nicht achten.

Heute nachmittags wurden im Revierbergamt in Mähr.-Ostrau Verhandlungen über die Liquidierung des Streikes geführt, die noch nicht beendet sind.

Die Vierzigstundenwoche auf dem Marsche.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche breitet sich in Deutschland immer mehr aus. Wir bringen nachstehend einige Fälle:

Nach einer Zeitungsmeldung vom 21. März ist es dem Metallarbeiter-Verband in Oberswalde durch die Mithilfe des Gemeindevorstehers von Finow gelungen, eine Neuregelung der Arbeitszeit bei der Firma Hirsch-Kupfer-Messing-Werk A.G. herbeizuführen. Die Betriebsleitung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden verkürzt wird, um für eine Anzahl von Erwerbslosen Arbeitsplätze zu beschaffen. Von der Belegschaft arbeiten nach der neueren Vereinbarung 1753 Arbeiter 40 Stunden und 210 Arbeiter 48 Stunden. Die 48stündige Arbeitszeit wurde lediglich für die Arbeiter der unteren Lohngruppen beibehalten, weil sich in diesen Arbeitergruppen die Verkürzung der Arbeitszeit zu kurz auf den Verdienst und damit die Lebenshaltung ausgewirkt hätte.

Durch die Verkürzung der Arbeitszeit bei der Firma Hirsch-Kupfer-Messing A.G. sind sofort 80 Neueinstellungen möglich gewesen. Es wird erwartet, daß bei voller Durchführung der Vereinbarung 200 Erwerbslosen wieder Arbeit beschafft werden kann. Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Oberswalde sind zugleich mit dem Vorsitzenden

des Ortsausschusses des ADGB, und dem Stadtrat; Genossen Lehmann an die Stadtdirektion mit der Anregung herangetreten, auch in den übrigen noch voll beschäftigten Betrieben die gleiche Arbeitszeitregelung wie bei der Firma Hirsch-Kupfer-Messing-Werk A.G. zu treffen. Wenn diese Aktion Erfolg haben sollte, dürfte noch für einige hundert Arbeitslose die Möglichkeit der Neueinstellung geschaffen werden.

Von anderer Seite wurde bereits am 14. März mitgeteilt:

Zeit einiger Zeit fanden zwischen der Direktion des Bremer Vulkan und dem Arbeiterrat Verhandlungen statt, zwecks Einführung der Fünfstundenwoche. Die Verhandlungen sind jetzt zu einem positiven Abschluß gelangt. Am 16. März begann die Fünfstundenwoche. Es wird jeweils alle 14 Tage am Sonnabend und Montag nicht gearbeitet. Zweck der Kürzung der Arbeitszeit soll sein, weitere Entlassungen zu verhüten und, wenn möglich, Arbeitslose einzustellen. Für die Arbeiterschaft bedeutet die Fünfstundenwoche ein großes Opfer. Trotzdem haben die Vertrauens-

leute der Werft dem Beschluß auf Verkürzung der Arbeitszeit zugestimmt und damit ein schönes Beispiel von Solidarität gegeben.

Ein dritter Fall betrifft die Opel-A.G. Darüber erfährt man:

Die Opel-A.G. will, wie in den Besprechungen ihrer Vertreter mit dem hessischen Arbeitsministerium zwecks Abstellung ihrer Ueberstundenwirtschaft mitgeteilt wurde, in Kürze zur dreimaligen 7 1/2-Stunden-Schicht übergehen. Die Mängel in der Organisation des Bandbetriebes hätten für die nächste Zeit Ueberstunden und Sonntagsarbeit notwendig gemacht. Die Firma lege jedoch größten Wert darauf, die Arbeiterbeschäftigungen einzuhalten. Infolge der großen Aufträge würden jetzt im Durchschnitt 130 Mann pro Tag neu eingestellt.

Diese Vorgänge zeigen, daß eine Anpassung der Arbeitszeitregelung auf der Grundlage der vierzigstündigen Woche an verschiedenartige Betriebsbedürfnisse durchaus möglich ist. Diese Erfahrung wird sich für die allgemeine und dauernde Verkürzung der Arbeitszeit als außerordentlich bedeutsam erweisen.

Die Restgüterpolitik des Staatsbodenamtes.

Eine „Musterwirtschaft“ bei Karlsbad

Unsere vor kurzem veröffentlichte Schilderung der geradezu aufstrebenden Zustände auf dem Meierhof Neudorf bei Pelschau, einem Restgutsbesitzer, hat allem Anschein nach ein lebhaftes Interesse gefunden, so daß das Echo nicht ausbleibt. Heute liegt uns wiederum ein Bericht zur Hand, der die Verhältnisse auf dem Restgut in Zuppelsgrün bei Karlsbad beleuchtet. Der Besitzer des dortigen Gutes, sein Name ist Oskar Moser, scheint dieses ausschließlich zu Spekulationszwecken gebrauchen zu wollen. Nach der Uebernahme des Besitzes hat er zunächst in großzügiger Weise das dortige Strandbad eröffnet, ohne über größere Mittel zu dessen Ausgestaltung zu verfügen. Um den bei ihm scheinbar nie weichen Geldmangel zu beheben, ging er bald nach seinem Einzug daran, einige Baustellen zu veräußern, ohne die Parzellierung durchzuführen zu lassen. Erst nach dem Verkauf von 29 Plätzen suchte er um die nachträgliche Parzellierung an. Diesem Ansuchen wurde stattgegeben — es war dies im Jahre 1929 — aber bis heute ist Herr Moser die ziemlich beträchtlichen Gebühren schuldig geblieben. Das hat zur Folge, daß für die Käufer der Baustellen keine Baukommission durchgeführt werden kann. Dadurch verzögert sich der Baubeginn, die Leute haben ihr sauer erspartes Geld in den Ankauf von Baugrund hereingesteckt und stehen nun mit gebundenen Händen da.

Daneben ging ein Herabsinken des gesamten Wirtschaftswertes. So steht heute von dem ehemals schönen Wald nur mehr ein ganz kleiner Teil. Es wurde einfach alles niedergehauen und verkauft. Allerdings wissen wir nicht, ob ohne oder mit Zustimmung der zuständigen Behörde. Wir glauben aber, daß die Verantwortlichkeit das Recht hat, eine diesbezügliche Aufklärung zu verlangen. Den gleichen Werdegang nahm auch der Viehstand.

Statt über 80 Kühe, wie früher, verfügt Herr Moser gegenwärtig nur mehr über 26; Lämmer zählt man auf dem Gute überhaupt keine mehr. Auch Schweine und Kleinvieh kann man nicht mehr antreffen, der Besitz-

stand an Pferden sank von 12 bis 15 Paar auf fünf Paar.

Diese katastrophale Reduzierung allen Viehstandes blieb natürlich nicht ohne Folgen auf die Bearbeitung des Bodens. Die Bestellung der Grundstücke erfolgt nachlässig und die Erträge gehen daher rapid zurück.

Auch finanziell kam der Besitzer ständig mehr herab. Herr Moser bleibt die Steuern regelmäßig schuldig, so daß Pfändungen eine alltägliche Erscheinung wurden. Das alles bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Gemeindefälle. Moser schuldet der Gemeinde für die ganzen Jahre die Umlagen und das Lichtgeld. Ferner entfallen der Gemeinde auch durch die übrigen Mißstände auf dem Gute sehr viele Einnahmen, so z. B. die Sprungtaxe für den Stier. Während der ganzen Zeit machte der Besitzer von Zuppelsgrün bei Geldankäufen ununterbrochen Anleihen, so daß der Besitz heute schon vollkommen überlastet ist und er überhaupt kein Besitzrecht mehr hat. Nun aber begann seine am meisten fragwürdige Tätigkeit. Trotz des faktischen Mangels an Verfügungsrecht über den Besitz verkaufte er nämlich weiter Baustellen. Die Käufer haben sich in den meisten Fällen über die Vermögensverhältnisse nicht näher informiert und sind so dem jamosen Herrn Moser aufgefallen. Diese Leute — es kommen etwa 50 Bewerber in Frage — mußten dann die bittere Erfahrung machen, daß ihr Kauf gar keine Rechtsgültigkeit hat.

Da sie meistens den Kaufbetrag sofort auszahlen mußten, stehen sie nun vor der unangenehmen Aussicht, um ihr mühselig erspartes Geld zu kommen.

So der Tatsachenbestand. Dieser allein sagt so viel, daß keine weiteren Bemerkungen notwendig sind. Es ist wirklich an der Zeit, daß die Verantwortlichkeit von den üblen Folgen der Restgüterpolitik unseres Staatsbodenamtes Kenntnis erlangt. Diese müssen jedem rechtlich denkenden Menschen die entscheidende Forderung aufdrängen, daß man nun endlich in letzter Stunde noch einen neuen Kurs einschlägt und bei der Bodenreform in erster Linie auf die wirtschaftlichen Momente Rücksicht nimmt.

Goebbels „reinigt“! Wie bei der Moskauer Konkurrenz.

Die Reinigungsaktion in der Berliner SA und NSDAP durch Goebbels hat einen Umfang angenommen, der gleichbedeutend ist mit der Auflösung ganzer SA-Abteilungen und ganzer Nazi-Ortsgruppen. Es ist bezeichnend, daß Goebbels die Reinigung fern vom Sauf ausführt. Er weiß nach wie vor in München statt in Berlin, dem Sitz seines Gaubüros.

In Berlin sind am Mittwoch auf Veranlassung von Goebbels nicht weniger als 900 Mitglieder aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Davon allein 280 von der Sektion Schöneberg, die bisher 400 Mitglieder zählte. Andere Sektionen sind von den Ausschüssen prozentual fast noch härter betroffen als Schöneberg. Die Gesamtzahl der bis jetzt im Bereich der Berliner Gauleitung der NSDAP hinausgeworfenen Mitglieder wird auf rund 2000 beziffert. Dennoch ist die Reinigungsaktion längst nicht zu Ende. Wer auch nur im Verdacht steht, eine andere Meinung zu haben als sie von Hitler und seinen Trabanten vertreten wird, fliegt. Die ganze Aktion läuft darauf hinaus, die SA-Organisationen im Gau Berlin unter irgend einem Vorwand aufzulösen, um dadurch in erster Linie die gegenüber den SA-Leuten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen los zu werden. Hitlers Kasse beginnt sich mehr und mehr zu leeren, da die freiwilligen Spenden ausbleiben und die Einnahmen durch Versammlungen oder durch die Beiträge der Nazi-Pressen längst nicht mehr so fließen wie vor und kurz nach den Reichstagswahlen vom 14. September. So ist man betrebt, sich zunächst auf Kosten der Pratorianergarden finanziell Luft zu schaffen, indem man einen SA-Mann nach dem anderen hinausschmeißt und auf diese Weise den SA-Organisationen über kurz oder lang das längst beabsichtigte Ende bereitet.

In Berlin dürften die aus der Hitler-Partei hinausgeworfenen SA-Leute zu Stennes übersehbaren. Schon läßt Stennes durch seinen Anwalt verkünden, daß er im Besitz reichlicher Geldmittel sei. Die Bargeldmittel sollen von jenen nationalen Splittergruppen stammen, die von der Münchener Parteileitung erdrückt worden sind, aber im geheimen weiter bestehen. Inwiefern Stennes hier der Wahrheit die Ehre gibt, dürfte sich schon in den nächsten Tagen zeigen.

Frid ist verforat.

München, 9. April. Frid, dessen Ministerherrlichkeit in Thüringen inzwischen zu Ende gegangen ist, siedelte sofort nach seinem Sturz nach München über. Im bayerischen Innenministerium sieht man nun seinen weiteren Plänen mit einiger Spannung entgegen. Als Frid anlässlich seiner Thüringer Sendung auf seine Stelle als bayerischer Oberamtmann verzichtete, wurde die Öffentlichkeit offiziell davon unterrichtet, daß er endgültig aus dem bayerischen Staatsdienst ausgeschieden sei. Diese Mitteilung entsprach offenbar aber mehr dem Wunsch der Regierung als den wirklichen Tatsachen. Denn der „Bayerische Kurier“ berichtet jetzt, daß das an sich nicht unerfreuliche Ausscheiden Frids aus dem bayerischen Staatsdienst seinerzeit zu folgenden inhaltreichen Vereinbarungen geführt hat:

1. Dr. Frid ließ sich das Rücktrittsrecht in den bayerischen Staatsdienst vorbehalten.
2. Es wurde Dr. Frid die Zustimmung gemacht, daß ihm die im thüringischen Staatsdienst zugebrachte Dienstzeit in Bayern angerechnet wird.
3. Es wurde ihm in Aussicht gestellt, daß sein Dienstverhältnis im Falle der Wiederanstellung sofort unbedenklich sei.
4. wurde Herrn Dr. Frid die bisherige Stelle für die Dauer des Reichstagsmandates offen gelassen.

Der Butschijt des Jahres 1933 kann sich also wirklich nicht darüber beklagen, daß der von ihm verratene Staat ihn nicht mit der höchstmöglichen Zuverlässigkeit behandelt hat. Eine solche Rückversicherung wird sonst im allgemeinen nur solchen aus dem Staatsdienst scheidenden Beamten gewährt, die sich während ihrer Amtszeit in vorbildlicher Weise geführt haben. Das kann man von dem Birmajenser Ciappenheld und Hochverräter Frid nicht behaupten, denn seine Sonderleistungen für den bayerischen Staat bestanden erweisenermaßen nur darin, daß er unter dem Kommando Bohner in der Münchener Polizeidirektion den Nazis in München und Bayern zielbewußt den Weg ebnete und sich im November 1923 aktiv an dem Putsch Hitlers beteiligte, der nach amtlicher Feststellung den bayerischen Staat nahezu 160.000 Goldmark nebst 4100 Goldmark dauernder Jahresrente kostete. Dazu kommt noch die nicht viel geringere Summe, die dem Reich durch Verwendung der Reichswehr als Auslöser entfielen sind.

Minderheitsregierung in Thüringen bei Tolerierung durch die Sozialdemokratie.

Berlin, 9. April. (Eigenbericht.) Im thüringischen Landtag stellten die Nationalsozialisten die Forderung auf, daß ihre beiden Minister, die eben erst durch einen Mißtrauensantrag gestürzt worden waren, erneut in die Regierung gewählt werden sollen. Die Volkspartei lehnte dieses Verlangen sofort ab. Jetzt führen die Regierungsparteien Verhandlungen in der Richtung, daß die Regierung ohne die Nationalsozialisten unter stillschweigender Tolerierung durch die Sozialdemokratie die Geschäfte weiterführen soll. Die Sozialdemokraten werden sich damit voraussichtlich einverstanden erklären, soweit es sich um die Verabschiedung des Etats handelt. Die endgültigen Entscheidungen dürften aber erst im Herbst fallen.

Safentanzuniformen in Berlin verboten.

Berlin, 9. April. Auf Grund der Rechtsverordnung vom 28. März hat der Berliner Polizeipräsident von neuem das Tragen einheitlicher, insbesondere militärähnlicher Parteiformen oder Bundeskleidung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Nebenorganisationen,

insbesondere der Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und der Hitlerjugend verboten.

Madeira blockiert.

Berlin, 9. April. (Wolff.) Die portugiesische Gesandtschaft teilt mit: Durch ein von der portugiesischen Regierung im Staatsanzeiger vom 8. d. veröffentlichtes Dekret sind vom gleichen Datum ab die Häfen der Inselgruppe von Madeira für Schifffahrt und Handel gesperrt, abgesehen von den von Sonderdelegierten der Regierung anzuerkennenden Notfällen, daß Schiffe ein- oder ausfahren müssen.

Nach privaten Meldungen über die Ereignisse in Madeira standen die revolutionären Elemente, welche die Bewegung entfacht haben, mit den revolutionären Kreisen auf dem portugiesischen Festlande in Verbindung. In Portugal seien sehr ernste Maßnahmen getroffen und die Garnisonen größtenteils disloziert worden. Die Kriegsschiffe, welche gestern nach Madeira abgegangen sind, um dort gegen die Aufständischen zu kämpfen, sind „Bedroz Gomez“ und „Cardalho Kraujo“. Die Verschiebung wird, ist die Lage in Ostafrika nicht vollkommen ruhig, und es werden dortselbst ernste Ereignisse erwartet.

Tagesneuigkeiten.

Der Neghptenflug des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 9. April. Unter Führung von Dr. E. C. E. er, der am Dienstag von seiner Amerika-Reise zurückkehrte, ist der „Graf Zeppelin“ heute früh um 6 Uhr 8 Minuten zu der angekündigten Neghpten-Fahrt aufgestiegen. An Bord befinden sich 25 Personen. Die Fahrtroute führt bei entsprechender Wetterlage voraussichtlich die Rhone abwärts über Marseille, Korsika, Rom, Neapel, Syrakus und Alexandria. Am Samstag gegen 8 Uhr wird das Luftschiff in Kairo eintreffen. Nach Auswechslung der Passagiere wird „Graf Zeppelin“ sofort zu einer Rundfahrt über Neghpten und Palästina wiederaufsteigen. Am Sonntag erfolgt von Kairo aus der Start zur Rückfahrt nach Friedrichshafen, wo das Luftschiff im Laufe des Montag wieder erwartet wird.

Bauarbeiter-Los.

Berkeley (Kalifornien), 9. April. Bei dem Einbruch eines Diebstahls auf dem Universitätsneubau kamen fünf Arbeiter ums Leben, 18 wurden schwer verletzt.

Kailand, 9. April. In einem Hängegeseil, auf dem vier Arbeiter tätig waren, gab unversehens die eine Haltvorrichtung nach, so daß sich das Geseil neigte und drei Arbeiter in die Tiefe stürzten. Zwei von ihnen waren sofort tot, der dritte kam mit leichten Verletzungen davon, während sich der vierte Arbeiter in Sturze auf einem Seil festzuhalten vermochte.

Amerikanische Justiz.

Scottsboro (Alabama), 9. April. (Reuter.) Fünf jugendliche Reges im Alter von 16 bis 19 Jahren überfielen und vergewaltigten zwei weiße Mädchen, die als Landstreicherinnen verkleidet eine Schwarzfahrt in einem Güterzug unternommen hatten. Das Gericht erkannte alle fünf Reges schuldig und verurteilte sie zum Tode auf dem elektrischen Stuhl. Drei weitere Reges, die gleichfalls an dieser Schandtat teilgenommen hatten, wurden schon früher abgerichtet. Das Gericht erwägt nun darüber, ob auch der neunte Mischblutige, der erst 14 Jahre alt ist, im Hinblick auf sein Alter zum Tode verurteilt werden kann.

Verfahren gegen Professor Schmerz eingestellt.

Graz, 9. April. (N.R.) Die Staatsanwaltschaft hat das gegen Professor Dr. Hermann Schmerz wegen Verbroches der schweren körperlichen Beschädigung, begangen durch Sterilisierung von Männern anhängige Verfahren eingestellt.

Der Rationalheld ohne „...“. Die „Pr. Presse“, die sich ungeachtet ihres Anspruchs, ein Weltblatt zu sein, an dem dörrischen Kirchweihtrümmel um den tschechischen Welterfolg der Chicagoer Bürgermeistereiwahl gebührend beteiligt, bringt eine Photographie des neuen Primators unserer Schwesterstadt Chicago. Und siehe da, das Bild trägt eine eigenartige Unterschrift und die lautet nicht vielleicht Antonin Cermak, sondern Anton N. Cermak. Während man sich hierzulande Mühe gibt, neue Dämonen zu finden und jedem im ernstesten tschechisch klingenden Namen eines anzuhängen, während Herr Baza die Haterin auf den Speisefeltern nachjagt, hat sein Kollege Cermak die angestammten Häußer in Verfall gegeben. Wir glauben wohl nicht zu betonen, daß es uns an sich völlig innerlich ist, wie sich einer schreiben will, oder für die

Patentnationalisten, die in der Chicagoer Bürgermeistereiwahl schon wieder ein Jresen gefunden haben und bereits von den angeborenen Rationalisierenden der Tschechen sprechen, die sie zu Bürgermeistern von Weltstädten prädestinieren (nur für Prag findet sich kein halbwegs repräsentabler, so daß wir den vorhandenen, auch wenn's gewünscht würde, nicht nach Budapest abstreifen könnten), mag der fehlende Hafen auf dem Namen des Gefeierten immerhin die Lehre bedeuten, daß man in der Welt draußen gewisse Dinge, die hier zum eisernen Bestand der nationalen Ehre gehören, nicht ernst nimmt!

Ueber die Postzustellung in der Tschechoslowakei. Zu unserer Notiz in der Samstagnummer vor Ostern erhielten wir von der Gewerkschaft der Postler in Reichenberg eine Zuschrift, in der es u. a. heißt, daß der für Ostermontag festgesetzte Feiertagsdienst nicht nur für Telephon und Telegraph, sondern auch für die Postzustellung keineswegs gleichbedeutend mit Einstellung des Betriebes ist, sondern, daß an einem solchen Feiertage Telephon, Telegraph, Brief- und Paketpost vor- und nachmittags, die Kassaschalter vormittags im Betriebe sind und die Postzustellung vormittags regelrecht erfolgt, wie am Wochentag. Wir nehmen diese Richtigstellung gern zur Kenntnis. Selbstverständlich war in unserer Notiz die Arbeit vor allem des Telegraphen und des Telephons auch an Feiertagen gar nicht in Zweifel gezogen worden, sondern es handelte sich um die Briefzustellung. Was nun das faktisch bestehende Richtigstellen normaler Briefe am Sonntag anlangt, so ging aus unserer Kritik deutlich hervor, daß wir — was hier wiederholt sei — eine Aenderung in der derzeit geltenden Sonntagsruhe bei der Post selbstverständlich nur dann wünschten, wenn dem Personal daraus keinerlei Schaden erwüchse.

Todesprung von der Straßenbahn. Gestern vormittags sprang am Bolackstai in Prag der 39jährige Buchhändler Karl Horáek aus Podol während der Fahrt von einem Motowagen der 17er-Linie, wobei er ausrußte und unter die Räder des Schwagens geriet. Er wurde am Kopf schwer verletzt und starb während des Transportes ins Allgemeine Krankenhaus.

Schweres Motorradunglück. Wie aus Wiener Neustadt gemeldet wird, ereignete sich Mittwoch abends in der Reunftrader Allee ein schweres Motorradunglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Der auf einem Motorrad fahrende Echauffeur Benz, auf dessen Sozius sich der Gondelkangestellte Hauer befand, fuhr infolge Blendung durch den Scheinwerfer eines Automobils auf den auf der Straße gehenden Hilfsarbeiter Petronsky auf. Petronsky wurde sofort getötet, Benz erlitt so schwere Verletzungen, daß er zwei Stunden nach der Uebergabe im Krankenhaus starb. Hauer erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Wie rasch sich die Zeiten ändern, beweist die Fahrt des „Grafen Zeppelin“ nach Neghpten. Vor zwei Jahren war dem Luftschiff verboten worden, Neghpten zu überfliegen während ihm heute jegliche Hilfe der britischen Flugstreitkräfte bei seiner Landung in Neghpten zuteil werden wird. Unter den Reisenden des „Zeppelin“ befinden sich auch zwei Engländer, u. z. der Kommandant des „R 100“ Eskadronkommandant Booth und der Militär-Attache Englands in Berlin Oberst Gessage. Am Donnerstag mittag wurde das Luftschiff auf der Fahrt nach Neghpten über Marseille gestoppt, am 17. Uhr 20 überflog es die Insel Sardinien und nahm Richtung auf die Straße von Messina.

Bankrott eines noblen Fluggeshauses. Auf dem alten Hamburger Flugplatz richtete vor einiger Zeit ein gewisser Josef Funke Werkstätten zum Bau von Flugzeugen ein, welche einerseits durch große Geheimhaltung, andererseits durch großen Luxus Aufmerksamkeit erregten. Die Anlage schien darauf hinzudeuten, daß die Firma über außerordentlich reiche finanzielle Mittel verfüge. Werkstätten und Anlagen waren prächtig eingerichtet und das ganze

Objekt war von eigenen Betriebspolizisten in Uniform ständig streng bewacht. Später sickerte durch, daß in den Werkstätten am Bau eines Flugzeuges mit einem neuen Antrieb nach Art der Motorflugzeuge gearbeitet werde. Die Versuche führten aber nur zum Bau eines kleinen Apparates mit einem Versuchsmotor, wozu die Gesellschaft Sanktrotti machte, wodurch ein beträchtlicher Gläubigerkreis um große Beträge geschädigt wurde. Es ist noch nicht sicher, ob das ganze Unternehmen überhaupt ernst gemeint war und eine reelle Grundlage hatte oder ob es sich bloß um ein betrügerisches Manöver handelte.

Bei einem Staatsflug, den eine Gesellschaft von Hotelführern am Donnerstag nach den Zauberkornhängen (Bern Oberland), unternahm, stieß die 23jährige Engländerin Rita Stad, die einzige Tochter des vor einigen Jahren in Neghpten ermordeten Generalgouverneurs des Sudan Sir Lee Oliver Stad, in voller Fahrt mit dem englischen Flieger Lionel Gouffor zusammen. Rita Stad erlitt einen tödlichen Schädelbruch, Gouffor trug erhebliche Kopfverletzungen davon.

Das Vermögen der Melba. Die weltbekannte australische Sängerin Dame Melba, die vor kurzem in Melbourne starb, hat in ihrem Testament ihrer 13jährigen Enkelin Pamela Armstrong ihre größtenteils von getöteten europäischen Ehepartnern stammenden Juwelen im Werte von 14.000 Pfund vermacht. Das unberechnete Vermögen der Dahingegangenen wird auf mehr als 200.000 Pfund Sterling geschätzt.

Der Simplon-Orientexpress stieß bei Athen mit einem Automobil zusammen wobei zwei Reisende getötet und drei verletzt wurden.

Die Hilfsaktion für die Dürre-Opfer in Amerika. Einer amtlichen dem Präsidenten Hoover übermittelten Meldung zufolge verpflegt das Rote Kreuz in den im vorigen Jahre von einer katastrophalen Dürre heimgesuchten Gebieten noch eine Million Personen. Die Situation bessert sich, da Nahrungsmittel für 2 1/2 Millionen Personen geliefert werden. In zwei Monaten wird keine Hilfe mehr nötig sein.

Der neugewählte Bürgermeister von Chicago, Cermak, erhielt mehr als 3000 Glückwunschsdepeschen, darunter viele aus der Tschechoslowakei. Der tschechoslowakische Gesandte in Washington Dr. Severka telegraphierte Cermak: „Seien Sie versichert, daß Ihre alte Heimat es mit Freuden begrüßt hat, daß die guten Traditionen und Stammeseigenschaften in so hohem Maße dazu beigetragen haben, daß aus Ihnen ein hervorragender amerikanischer Staatsbürger wurde.“

Katastrophe eines Arbeiterzuges. Bei Raffelle wurde ein Arbeiterzug in einem Tunnel von einer allein fahrenden Lokomotive gerammt. Zwei Arbeiter wurden getötet, einer schwer und 10 andere leicht verletzt.

Die rätselhafte Ermordung des Kaufmanns Steinberg. Aus Budapest wird gemeldet: Der Tapezierergehülfe Olajos, der mit dem in Wien verhafteten Fischl zusammengehört hat, wurde gestern in Spinghofsalay, wo er Arbeit suchte, festgenommen und einvernommen. Olajos gab an, daß er früher mit Fischl zusammenwohnte, mit dem Wort aber nichts zu tun habe. Den ermordeten Steinberg kenne er überhaupt nicht. Wie aus Szeged gemeldet wird, wurde dort in einer von Fischl bei seinem Verhör angegebenen Kiste die Briefstache des Steinberg mit einigen auf den Namen Steinberg lautenden Lautungen und anderen Papieren gefunden.

Trama der Rot. In Banlau (Schlesien) sprang eine 23jährige Arbeiterin mit ihren beiden zwei- und drei-jährigen Kindern in selbstmörderischer Absicht in den Mühlgraben; alle drei ertranken. Motiverle Rot ist das Motiv der Tat.

Ein neues Naturfreundehaus, noch dazu an wichtiger Stelle, ist entstanden, das Naturfreundehaus in Gottesgab, dem Mittelpunkt des Touristenverkehrs im Erzgebirge. Es ist zwar nur ein Bodriebetrieb, den die Naturfreunde-Orts-

Vom Rundfunk.

Samstag.

Prag: 11.15: Schallplatten, 11.45: Schallplatten, 12.30: Musik für die Jugend, 13.30: Jagdwache, 13.45: Deutsche Sendung. — Brünn: 11.15: Schallplatten, 12.30: Deutsche Sendung: Klavierkonzert Rachmaninoff: Sonate 2. Moll, Opus 26, Faustsonate. — Nahr.-Odrau: 11: Schallplatten, 17.30: Militärkapellmusik, 18.25: Ostrauer Schrammel. — Preßburg: 11.30: Schallplatten, 12.20: Mittagskonzert, 16: Schallplatten, 17: Violinkonzert, 19.20: Liebert, a. d. Elm. Nationaltheater: Der Barbier von Sevilla, Oper von G. Rossini. — Berlin: 18: Kolosatur-Gefänge. — Königsbrunn: 19.25: Konst. Meunier zum 100. Geburtstag. — Leipzig: 19.30: Volkstüml. Konzert, 21: Himmelshayer, helvete Oper von R. Spolli. — München: 18.30: Chorleiter, 20: Sauter Abend. — Wien: 17.15: Konzert der Odilienblindenanstalt Graz. — Rostau: 19.30: Konzert.

gruppe Korissbad mit der Uebernahme der ehemaligen „Sachsendänke“ eröffnet hat, aber er entspricht voll den Bedingungen die an ein Haus mit dem Naturfreundezentrum gestellt werden. Es bietet gute Verpflegung bei wohlfeilen Preisen in bequamen Räumen und hat sieben heizbare, gut eingerichtete Zimmer mit 18 Betten. Ruchfadaablage und Dunkelkammern sind vorgesehen, auch eine Jugendherberge soll angegeschlossen werden. Ein großer Spielplatz ist vorhanden und auch an einer Bücherei soll es nicht fehlen. Die beiden Höchsten des Erzgebirges, Keilberg und Fichtelberg, sind von hier aus in einer knappen Stunde zu erreichen, zum Spitzberg ist es ein Sprung und auf dem Wege zum Karlsbader Naturfreundehaus können Plehberg und Plattenberg mit besucht werden. Als Staudquartier ist das Haus sehr gut geeignet. Von Urlaubern und Sommerfrischlern wird Gottesgab wegen seiner Höhenlage (1026 Meter) immer mehr besucht.

Kein Stratosphären-Auffstieg. Professor Dr. Piccard-Brüssel und sein Assistent Dr. Ripper, die entgegen anders lautenden Meldungen sich zurzeit noch in Augsburg aufhalten und einen Ballonauffstieg in die Stratosphäre planten, beabsichtigen dieser Tage nach Brüssel zurückzukehren, da bis auf weiteres keine Aussicht auf gutes Wetter gegeben ist und damit die erste Voraussetzung für einen glücklichen Aufstieg nicht gegeben ist. Piccard erklärt, daß er in aller Ruhe die zum Aufstieg geeignete Witterung abwarten wolle. Er denke keineswegs daran, durch ein überreiltes Vorgehen das Gelingen des Aufstiegs in Frage zu stellen, handle es sich doch für ihn nicht um eine Sensationsleistung, sondern um die Lösung einer ernsten wissenschaftlichen Aufgabe. Der Zeitpunkt des Aufstiegs werde erst kurz vor der Ausführung festgelegt werden.

Wettkampf zwischen Beefsteak und Banane. Im Anschluß an eine spannende Radiodiskussion zwischen einem Verfechter der Fleischnahrung und dem bekannnten dänischen Vorkämpfer für vegetarische Ernährung Dr. Hinddebe, die im Kopendanger Rundfunk stattfand, wird im Mai ein Radrennen zwischen dem Fleischernährer und dem Vegetarier Dr. Hinddebe, einem Manne, der seit vielen Jahren ausschließlich nach den vegetarischen Kochrezepten Hinddebes gelebt hat, ausgemessen werden. Die nahezu gleich alten und gleich schweren Radrennen sollen zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen bezüglich des Grades der Ermüdung, der Kräfteüberlegenheit, des Blutdrucks usw. gemacht werden. In ganz Dänemark bringt man dem Austrag dieses Kampfes zwischen Beefsteak und Banane lebhaftes Interesse entgegen.

Das Erwachen der Menschheit.

In den letzten Jahrzehnten sind eine Menge von Ueberresten aus der Vorgeschichte des Menschengeschlechtes aufgefunden worden, die uns die Vorzeit der Menschen in hellerer Beleuchtung zeigen. Deswegen wird jener Band der Propyläen-Weltgeschichte — deren frühere Bände schon zu den besten in den letzten Jahren erschienenen Geschichtswerken gezählt werden konnten — der diese Frühperiode behandelt, mit ganz besonderem Interesse gelesen werden.

Die Frage nach dem Ursprung der Menschheit ruft die noch viel schwärzere und beunruhigendere Frage nach dem Ursprung des Lebens hervor. „Wann, wo und in welcher Form zum erstenmale Leben auf der Erde sich regte, wissen wir nicht. Ob sein Keim aus fernem Sternennwelten kam und in Meteore verpackt, als kosmischer Staubregen niederfiel oder die Lichtstrahlen als Schmelze die Erde umfloss oder ob es aus mineralischen Grundstoffen der Erde selbst wie in der Theorie eines sumerischen Chemikers zum ersten W'ammengeballt wurde, muß unentschieden bleiben.“ (S. 30). Man nimmt an, daß es schon in der Vorzeit der Erde im sogenannten Proterozoikum, das vor etwa 600 bis 800 Millionen Jahren geseudet haben mag, wirkelloste Organismen gegeben hat, daß im Paläozoikum, das 400 bis 500 Millionen Jahre ge-

*) Propyläen-Weltgeschichte. Erster Band: Das Erwachen der Menschheit. Die Kulturen der Urzeit, Ostasien und des vorderen Orients. Im Propyläen-Verlag Berlin. Preis 34 Mark.

bauert hat, Fische und Wirbeltiere lebten und daß es im Mesozoikum, dessen Dauer auf 150 bis 180 Millionen Jahre geschätzt wird, zur Entstehung einzelner Säugetierarten gekommen ist. Aus einem dieser Säugetiere, einer Affenart, ist der Mensch entstanden. Der Uebergang vollzog sich vermutlich so, daß das Klettertier zum Bodentier wurde, wie auch Kautschu in seiner „Materialistischen Geschichtsauffassung“ annimmt.

Eine Frage, welche die Naturforscher lange beschäftigt hat, ist die, ob das Menschengeschlecht einheitlichen Ursprunges ist oder sich aus mehreren Rassen entwickelt hat. In dem vorliegenden Werke wird die Auffassung des gemeinsamen Ursprunges der Menschheit vertreten, weil allen Rassen gewisse wesentliche Merkmale gemeinsam sind und weil sie alle untereinander kreuzbar und fortpflanzungsfähig sind. Als die Urheimat der Menschheit wird Mittelasien (Iran) angesehen, von wo sich das Menschengeschlecht dann nach allen Richtungen ausbreitete. Wann das geschah, weiß man nicht, die Zeit, da durch das Abschmelzen der Inlandeisbede größere Landflächen für den Menschen bewohnbar wurden, liegt etwa 16.000 Jahre vor Beginn der christlichen Zeitrechnung zurück. In etwa 18.000 Jahren hat also die Menschheit die Entwicklung vom Urmenschen bis heute durchschritten!

Der Abschluß der menschlichen Vorgeschichte und der Beginn der Geschichte wird durch die Erfindung der Schrift bestimmt, „und zwar in einem solchen Umfange, daß sie nicht mehr bloße konventionelle Zeichen gegenseitiger Verständigung darstellt, sondern Werkzeug zur Wiedergabe ge-

schlossener Gedankengänge ist“ (S. 3). Diese Zeit fällt beispielsweise in Neghpten ungefähr in das fünfte Jahrtausend. Fünf Jahrtausende vor der christlichen Zeitrechnung haben also die Menschen schon die Schrift gekannt, haben einen Kalender besessen. Noch älter ist der Fremtentod, der bereits in der Eiszeit erweist, so daß die im Körperbau in dieser Art keineswegs begründete Unterscheidung in der Tracht der beiden Geschlechter in die Urzeiten der Menschheitskultur hinaufreicht und von allen Wandlungen der Jahrtausende nicht berührt worden ist. Ebenso alt ist die Vorstellung von einem Leben nach dem Tode, eine Anschauung die sich gleichfalls Jahr durch die Jahrtausende erhalten hat und ebenso überaus ist es zu erfahren, daß die Fertilkunst schon zur Wohlbanzeit hoch entwickelt war. Aufs höchste aber steigt unser Staunen bei Betrachtung der Kunst der Urzeit. Naturalistische Darstellung von Wäntenträgern, Kennzeichen, Pferden, Menschen in Ruhe und Bewegung, an denen die scharfe Beobachtungsgabe der betreffenden Künstler wie die Durchführung der Zeichnung, Malerei, Bildhauerei eine Bewunderung auslöst.

Der Darstellung der Urgeschichte folgt jene der Geschichte Ostasiens, Neghptens und des vorderen Orients, die gleichfalls außerordentlich interessant und belehrend wirkt.

Die Auffassung, von der die Verfasser hierbei ausgehen, wird uns in einigen entscheidenden Kapiteln deutlich klargestellt. Sie ist nicht eine individualistische, sondern eine soziale. „Der Einzelmensch mag sich selbst noch so wichtig und einzigartig dünken, tatsächlich ist sein Wesen und Wirken nur denkbar und erklärbar in einem gr-

ößeren Zusammenhang, als kleines Teilchen eines größeren Gesamtbildes“ (S. 31). Ebenso wie die Menschheit als eine große Einheit aufgefaßt wird, halten die Verfasser an der Einheit der Kulturgeschichte von den Ursprüngen der Menschheit bis zur Gegenwart fest. „Die Propyläen-Weltgeschichte“, so wird uns im Vorwort gesagt, „ist auf dem Gedanken aufgebaut, die geistige Entwicklung der Menschheit als Kern ihrer Geschichte zur Darstellung zu bringen — eine Geschichte der menschlichen Kultur ist deshalb das Ziel des Unternehmens.“ Nicht ohne Bezug auf die Schicksalsprobleme unserer Zeit ist das Werk unternommen worden. Unter Ablehnung einer Geschichtsschreibung, die mit den großen Fragen der Gegenwart keine Verührung haben will, wird mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß uns die Geschichte Schmeichlerin für die Zukunft sein soll, daß Geschichte „Die Welt am Leben“ ist. Ihrem Umfang und ihrer Fülle nach steht die Geschichte „unter dem formenden Einfluß der Gegenwartproblematik, ... das Bewußtsein bestimmter Wertentscheidungen gibt dem Ganzen der geschichtlichen Wirklichkeit die Mitte und den Zusammenhalt“. Dieses Bekenntnis des Herausgebers ist tapfer und ehrlich, ein großer Teil der Mitarbeiter ist nach diesem Grundsatze vorgegangen, nur in der sonst wissenschaftlich einwandfreien Geschichte Neghptens und Vorderasiens hätte den sozialen Problemen jener Zeiten und Länder mehr Beachtung geschenkt werden können.

Von den Bildern in der Propyläen-Weltgeschichte mag der kurze Satz genügen, daß es das Beste ist, was auf diesem Gebiete je geleistet wurde. Emil Strauß.

Nur das Gehirn zählt! In der größten Lehrzeitung Amerikas, dem „Journal of the National Education Association“, schreibt Dr. Charles Mayo, der berühmte Chirurg und Leiter des weltbekannten Mayo-Hospitals in Rochester: Man kann mit einem Gehirn vorwärtskommen, aber nicht mit einem hängernen Kopf. Der physische Wert eines Menschen ist gering. Nach der Analyse unserer Laboratorien beträgt er etwa 85 Centis (80 Kilo). 4 Stangen Zelle, so viel Kalk, als man zum Lächeln eines Hühnerkies benötigt, und Phosphor für 1000 Hundsdöhnen. Nur das Gehirn zählt! Und damit es seinen Wert behält, muß man den Körper gut in Form halten. Das geht aber nicht, wenn man Alkohol trinkt. Ein Mensch, der sich dem Trunk ergibt, ist eine Gefahr für die Gesellschaft und sollte verbannt werden. Wir verbieten den freien Verkauf von Morphium und Kokain und wir dürfen mit dem Alkohol keine Ausnahme machen, denn er beraubt den Menschen seiner Selbstbestimmung. Wer trinkt, verliert seine Heberzeugung, sein Gehirn leidet. Viele Menschen behaupten zwar, daß ihr Geist durch den Genuß alkoholischer Getränke angeregt werde, aber wie bald sie die Herrschaft über sich verlieren, wissen sie selbst nicht. Man hört viele Klagen über das Alkoholverbot, über den Verlust der persönlichen Freiheit zu trinken, was um wieviel einstmals jeden beliebige, aber diese Beschränkung ist durchaus berechtigt im Interesse der heranwachsenden Generation. Die Jugend hat die Aufgabe vor sich, die Prohibition wirksam zu machen und für alle Zeiten zu sichern, und die Erziehung für diese Aufgabe müssen wir von der Lehrerschaft fordern.

Polizei-Erlaß gegen freie Liebe. Die Polizei in Novi Sad (Serbien) — aufgebracht durch die Tatsache, daß 8000 von 80000 Einwohnern der Stadt in außerehelicher Gemeinschaft leben — hat einen Erlaß veröffentlicht, nachdem alle derzeitigen Bestimmungen bezüglich oder innerhalb von drei Monaten durch eine Ehe legitimiert werden müssen. Man ist der Ansicht, daß die meisten dieser unglücklich verheirateten Paare Ungarn und Slowaken sind, die im Falle der Nichterfüllung dieser Vorschriften aufgelöst werden sollen, das Land unberührt zu verlassen.

Die Mitverschworenen. Der Mailänder Filippo Ferrati wurde während der italienischen Freiheitsbewegung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eines Tages von der österreichischen Polizei wegen Hochverrats verhaftet. Man bemühte sich, von ihm die Namen anderer Verschwörer gegen das österreichische Regime zu erfahren, und Ferrati willigte schließlich ein, alle anderen Feinde der Oesterreicher zu verraten, wenn man ihn nur auf den Dom führen wolle. Das geschah. Als nun Ferrati auf dem reichsimmernen Kommando stand, von österreichischen Soldaten umgeben, wurde er gefragt: „Nun, wo sind Deine Mitverschworenen? Bezeichne uns nun die Feinde des österreichischen Regimes!“ Da deutete Ferrati auf die unter ihm liegende Stadt und sagte mit Tränen in den Augen: „Hier sind meine Mitverschwörer! Ganz Mailand heißt Euch!“

Rund um die Frau.

Die fleißige Leserin.

In einer Wiener Zeitung stand einmal folgendes Inserat:
 „Das die Frau in der Ehe wissen muß. Hochinteressantes Buch, zu bestellen durch...“
 Wer bestellte (und bezahlte) bekam — ein Kochbuch.
 Eine Frau ließ sich das nicht gefallen und sagte — und bekam unrecht. Der Richter fand, daß eine Ehefrau wirklich das Kochbuch lesen müsse. Von Freizeitschriftung oder Betrug konnte nicht gesprochen werden.

Uebertrompft.

„Also wissen Sie, ich habe einen Hahn, so ein Brautzeugenpaar haben Sie noch nicht gesehen. Ich hab ihn in den Brautstrauß gefügt, hab den Brautstrauß erfüllt, immer mehr, immer mehr, bis zur Kotschlut, bis zur Weißglut — und ich mach den Scherz! Das Vieh lebt und schreit Kikeri!“
 „Das ist gar nichts, meine Liebe. Ich habe einen Hahn, den hab ich in den Brautstrauß gefügt, hab ihn erfüllt bis zur Weißglut, bis er aufhört zu schreien — ich mach den Scherz auf! der Hahn ist tot!“

„Na und?“

„Erfrorren!“

Der Huberbauer.

Der alte Huberbauer in Anger hat zum drittenmal geheiratet und, wie man uns sagte, wieder eine junge, laubere Person. Als wir ihm gratulierten und ihn bewunderten, daß er sich wieder so was frisches, Hübsches ausgesucht habe, sagte er in Seelenruhe: „I wer do loa Schiade nemma — a Schöne seigt a net mehra!“

Einjährige.

Keine Anzeige in einem Berliner Blatt: „Einjährige sucht kaufmännische Beschäftigung.“ Heute kann man sich gar nicht früh genug bewerben.

Die Ehefrau.

Im „Vorauer Tageblatt“ lesen wir:
 „Achtung! Die Begehungen, die ich zu der Ehe-

frau des Bergmannes Karl Ridel gehabt habe, verneue ich und warne der Weiterverbreitung!“

Volksmedizin und medizinische Wissenschaft.

Akademikertum allein macht nicht gesund.

Die Unruhe der Zeit, der rasche Wechsel der Anschauung und Auffassung, nicht zuletzt die Neigung zu natürlicherer Lebensweise, Körperkultur und Vereinfachung der Lebensform hat zu einer Volksnähe der medizinischen Wissenschaft geführt, die noch vor einer Generation undenkbar gewesen wäre. Dazu kommt das, was man als Vertrauenskrise der Medizin bezeichnet. Kurzum, es besteht heute der Zustand, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr den wissenschaftlichen Arzt, sondern den Laienbehandler aufsucht, um von wirklichen oder eingebildeten Leiden befreit zu werden. Diese Tatsache ist bekannt und ihre Ursache verschieden gebauet und ebenso verschieden, je nach Einstellung und Beruf, geschätzt. So kommt es, daß die Frage, ob Volks- oder wissenschaftliche Medizin, heute bereits zu einer gewissen Aktualität gekommen ist.

Bei näherer Prüfung aber zeigt sich, daß die Unterschiede zwischen diesen beiden Arten der Heilkunde im Grunde gar nicht so sehr in den Grundelementen liegen, als vielmehr in der Verschiedenartigkeit der Ausübenden. Also in dem einen Falle der Ärzte, im anderen der Heilbehandler ohne akademische Ausbildung und Abschlußprüfungen. Die Beziehungen zwischen der wissenschaftlichen Heilbehandlung und der Volksmedizin sind außerordentlich eng. Einerseits ist die medizinische Wissenschaft, wie die Geschichte der Medizin lehrt, aus der Volksmedizin hervorgegangen, andererseits ist das, was heute der Volksmedizin angehört, in irgendeiner Epoche oder Periode der Schulmedizin auch deren Eigentum gewesen. Gewissermaßen hat die Volksmedizin noch erhalten, was von der Schulmedizin aus irgend einem Grunde bereits ausgegeben worden ist. Was nicht ausscheidet, daß nach einer neuen, wissenschaftlichen Nachprüfung diese jetzt der Volksmedizin gehörenden Dinge eines Tages wieder in den Bestand der ärztlichen Wissenschaft aufgenommen werden. Das alles ist verständlich, wenn man bedenkt, daß vor noch gar nicht langer Jahren und Jahrhunderte hindurch,

Volksmedizin und wissenschaftliche Heilkunde im großen und ganzen in der gleichen Weise und sogar von denselben Menschen ausgeübt wurde. Man braucht, um das bestätigt zu finden, keineswegs zu den Zeiten des Mittelalters zu gehen, zum Beispiel Paracelsus, der auf dem Boden der Magie und des Alchimismus eine „wissenschaftliche“ Medizin betrieb. Noch Weimer, der im Jahre 1815 verstorbenen Begründer der Magnetopathie, glaubte an den Einfluß der Sterne auf die Krankheiten während andererseits zu jeder Zeit vernünftige Ärzte die Naturheilmittel schätzten und anwendeten. Die domus eines Tages durch die Volksmedizin, wie den berühmten Florentiner Anekdote oder Bruchung bekannt wurden. Nur mit dem Unterschiede, daß die wissenschaftliche Medizin sich immer, wenn auch oft nach Nebenbindung, eigener Überstände, zu einer Nachprüfung der Methoden dieser Volksmedizin entschloß, aus der sich dann ihre prinzipielle Überlegenheit in die wissenschaftliche Heilkunde ergab, während die Volksmedizin mit unwandelbarer Starrheit noch vielfach an Methoden hängt, die einstmals der Wissenschaft gehörten, aber inzwischen schon längst wieder als Irrtum aufgegeben worden sind.

Und dennoch soll die Volksmedizin Erfolge haben? Obwohl sie demnach doch nur die alten und abgelegenen Weisheiten der Schulmedizin aufweist? Gewiß, der Mensch bedarf noch anderer Dinge, als der Wissenschaft und sei sie noch so rein und wahr. Es fehlen — und der Zutrom zu den Laienbehandlern beweist es — daß die leidende Menschheit in den hellen und klaren Räumen der ärztlichen Kunst manches vermisst hat, was sie in den dämpfen und lichtlosen Hinterzimmern der Volksmedizin vorgefunden bekommt. Mund trichter Berglaube, manch ansonderer Geschäftsgeheim wird sich dabei angeben lassen können, — das steht fest. Aber ebenso feststehend steht die Schuld mancher Ärzte, die in der Sicherheit ihrer doch im Grunde so wandelbaren Wissenschaft die menschliche Seele bisweilen vergessen. Dies war es wohl, was bei den Laienbehandlungen mehr beachtet worden ist: die weltlichen Hintergründe der Krankheit. Aber es dürfte die moderne, ärztliche Tiefenpsychologie der Seele nicht amsonst gefunden sein. Die ärztliche Heilbehandlung der Seele wird der Laienbehandlung viel nehmen, um es der wissenschaftlichen Heilkunde als notwendige Ergänzung zu überlassen.

Dr. med. G. J.

Bismarck und die Kommune.

Wenn die Regierung Thiers, sowohl sofort entschlossen, die rote Färbung der Kommune vom Pariser Nationalrat mit Waffengewalt herunterzuholen, den entscheidenden Angriff bis in die zweite Hälfte verzögerte, lag es zum guten Teil daran, daß die zahlenmäßige Schwäche ihrer Truppen sie von Bismarck abhängig machte.

In dem anhebenden Bürgerkrieg waren die Deutschen die Paris noch auf der Nord-, Ost- und Südseite eingeschlossen, um so mehr zur Neutralität verpflichtet, als die Kommune schon am 21. März ihre feste Entschlossenheit bekundet hatte, die Bestimmungen des Versailler Vorfriedens innezuhalten. Lediglich lag für Bismarck die Rolle des schmerzenden Zuschauers sehr nah, denn je wilder sich die Franzosen untereinander zerfleischten, desto später rafften sie sich zu der unvermeidlichen Reue an, wenn der ihnen schände entrisenen Provinzen Elah und Lothringen auf. Aber wenn er in der schämen Vorstellung schwelgte, daß die besseren Elemente der Kommune im Grunde nur Sehnsucht nach der preussischen Städteordnung verspürten, so sah er in der Bewegung doch auch mit gespanntem Argwohn die kosmopolitische Revolution zur Verwirklichung sozialistischer und kommunistischer Phantasien; mit dem beschränkten Weiblichphylister weiteerte er im Gedächtnis über „das bewaffnete Gefindel in Paris“ und über die fünfzehn- bis zwanzigtausend entschlossenen Verbrecher und die andern Abhauer und Auswurf der modernen Kulturwelt, der sich mit den Vorkämpfern des Anstuzes unter der roten Fahne mischt.

Das Solidaritätsgefühl aller „Ordnungs“ mächtige drängte Bismarck also an die Seite von Thiers, der sich anschickte, auf die blutigste Art „Ordnung“ zu machen. Sollte sich nach den Bestimmungen des Vorfriedens die Pariser Garnison auf 40.000 Mann beschränken, so gestattete am 28. März ein Abkommen die Erhöhung der vor der Hauptstadt zusammenziehenden Truppen auf das Doppelte, am 5. April wurden insgesamt 100.000 Mann bewilligt, und in der zweiten Aprilhälfte bestand die Versailler Armee aus 120.000 bis 150.000 Mann; sie hatte sich präall auffüllen können durch die Kriegsgefangenen aus Deutschland, die Bismarck Herrn Thiers in beschleunigten Transporten zuschickte. Aber der Bundeskanzler verhalte sich nicht die Zweischneidigkeit seines Entgegenkommens. Eine je größere Macht die französische Regierung hinter sich hatte, desto mehr Späne lönte sie bei Umwandlung des Vorfriedens in den endgültigen Frieden machen. Als in der Tat die Verhandlungen in Brüssel durch die französischen Veruche, Zahlungserleichterungen für die fünfmilliarden-Kriegsschuldigung und andere Zugeständnisse zu erlangen, nicht vom Tisch kamen, knurrte Bismarck, da-

mit enthüllend, wie weit er mit seiner Unterstützung der Thiers und Konsorten hatte gehen wollen: „Wir haben kein Interesse, die Gegner der französischen Regierung mit der russischen Blute niederzuwerfen, solange die Regierung in Brüssel den Preliminarfrieden nicht auszuführen, sondern zu unserem Nachteil abzuändern sucht.“

No mehr! Für den konservativen und royalistischen Mann der „Ordnung“ wurde einmal die Kommune ein Trampf im Spiel. Während er den Versailler Reichshäusern seine Rithilfe bei der „Bemierung und Ausbungerung von Paris“ andot, allerdings gegen den Schicksal eines Abkommens über die Zusammenwirkung, das die Thiers und Favre in seine Hand gegeben hätte, sah er zugleich in der Richtung der Kommune vor. Am 26. April trafen nach vorheriger Vereinbarung in Fort Auberwillers zwei ungewöhnliche Typen zusammen: für die Kommune ihr Kriegsminister Cluseret, militärischer Abenteuerer von vielen Graden, für Bismarck der Legationssekretär von Holstein, später als die „groue Eminenz“ der heimliche und unheimliche Leiter des Berliner Auswärtigen Amtes. Da bei diesen Besprechungen auch an eine Mittlerrolle der deutschen Regierung zwischen den zwei kämpfenden Parteien gedacht wurde, hoffte Bismarck mit Zustimmung beider Teile die Besetzung von Paris durch deutsche Truppen heranzuführen; welsch glorreiche Aussicht, den triumphierenden Schiedsrichter bei den inneren Wirren des „Erbschindes“ zu spielen! Auch nach Cluserets Sturz suchten die deutschen Behörden die Fühlung mit der Kommune zu behalten, freilich nach dem Grundsatz:

Wannier mich nicht, mein schönes Kind,

und der 19. preussische Revolutionär von 1866, der Magdalen, Tschechen und Serbokroaten gegen das „angestammte“ und „legitime“ Haus Habsburg aufgewiegelt hatte, schien in Bismarck wieder zu erwachen, als er am 2. Mai dem deutschen Generalgouverneur des Reichs Frankreich, v. Fabrice, bedeutungsvoll schrieb: „Von Parteinahme unfererseits für die Kommune ist bis jetzt nicht die Rede.“

Aber von dem Gemummel zwischen Bismarck und der Kommune kam auch den Versailler Reichshäusern etwas in Ohren und bewog sie, schleunigst Unterhändler nach Frankfurt zu senden und am 10. Mai den Endfrieden abzuschließen. In der Mainstadt verpflichtete sich Bismarck auch, das eine Eisen im Feuer preisgebend, auf Wunsch des Herrn Thiers Paris vollständig abzusperrten, den Versailler Truppen den Durchmarsch durch die deutschen Linien zu gestatten und die Kommune zur Entwaffnung der Stodtummwallung aufzufordern, und in der Tat verwandelte sich, Bütteldienste leistend, das

deutsche Heer um die Hauptstadt in der Nacht vom 21. zum 22. Mai in eine lebende Mauer, damit keiner der Kommunards dem Gemummel entronne; in einem Telegramm an das Oberkommando rühmte sich der bayerische Befehlshaber v. Tann, den verlangten Durchmarsch von 3000 Weibern, Kindern und Greisen vom linken Ufer dem Kommandanten von Jurb abgepflogen“ zu haben. Viele der preussischen Offiziere, vom General bis zum Leutnant, suchte es sogar, an der Ausrottung der „Noten“ tätig teilzunehmen; die „Aufzeichnungen“ des Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen vertragen, wie unerschämte die unferierten Gardejunfer Partei gegen die Kommune ergriffen, und auf jeden Fall blieb ihnen die Bemügnung, das Wüten der Gassifrei, Eissen und Bind aus nächster Nähe zu beobachten. Entzückt ob des seltenen Schauspiel vermerkte Generalleutnant v. Pape, Kommandeur der 1. Gardebrigade:

„Ungeheure Explosionen folgten sich mit furchtbarem Getöse, dicke Rauch- und Dampfswollen bezeichnete die Stellen der Explosionen, dazu der rasende Donner der Geschütze, das Krachen der freipendenden Granaten und Schrapnells, das fast unausgesetzt rollende Gewehrfeuer bei Tag und Nacht — es ist eine Dergenslust, die Herren Pariser so geächtigt zusehen. Die Versailler Truppen geben keinen Karbon, und da auch Weiber sich am Kampfe beteiligen, so werden auch diese auf der Straße ohne Barmherzigkeit niedergeschossen. Was beim Durchsuchen der Häuser vorgeht, darüber mag Gott urteilen; ich glaube, daß wenigstens die Hälfte der Einwohnererschaft ausgerottet wird.“

Kurz, was ein gemütvoller ostdeutscher Junker so „eine Dergenslust“ nennt!

Der Diktator dieser vielhändigen Schlächter war Bismarck. Wenn ihn daher Karl Marx beschuldigte, sich „nicht nur zum Gendarmen, sondern auch zum gemieteten Bravo“ der Versailler Gewaltmenschen herzugeben zu haben, urteilte er kaum zu hart; in der Sache deckte sich sein Urteil mit der Kennerung des ersten deutschen Geschäftsträgers in Paris, Grafen Walderssee, die französische Regierung fühle sich zu schmach, dem Lande gegenüber einzutreten, „daß sie mit Unterstützung der Deutschen Paris niedergeworfen hat.“
 Hermann Wendel.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Erfolge der Arbeits- und Dienstvermittlung in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1930. Im Jahre 1930 haben regelmäßig 299 bis 293 öffentliche Arbeitsvermittlungsinstitutionen die Monatsstatistik über die Erfolge der Arbeits- und Dienstvermittlung vorgelegt, 57 bis 57 gewerkschaftliche Vermittlungsstellen, 51 bis 51 konfessionelle (gewerkschaftliche) und 19 bis 21 sonstige (Stellenvermittlungen der Gewerkschaften, der Gewerkschaftenverbände, der humanitären, religiösen und sonstigen Vereine und Korporationen). Die öffentlichen Vermittlungsstellen erzielten im Jahre 1930 547.916 Vermittlungen, die gewerkschaftlichen 33.217, die konfessionierten 17.006, die sonstigen 17.358. Von diesem Gesamterfolge von 618.720 Vermittlungen entfallen auf Böhmen 491.040, auf Mähren-Schlesien 102.507, auf die Slowakei 19.728 und auf Karpathenland 3047. Diese Zahlen betreffen zum Teil die Leistungsfähigkeit der Stellenvermittlung in den ersten zwei Ländern, gleichzeitig aber auch die Komplexität des Aufbaues derselben in den anderen zwei Ländern. Auf die öffentliche Arbeitsvermittlung in Böhmen, die auf Grund der Gelege Nr. 38/1895 und 57/1905 9381. ausgehandelt ist, entfallen 440.796 Vermittlungen, auf die öffentliche Stellenvermittlung in Mähren-Schlesien 86.540 (auf die 47 Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung in Nordböhmen 140.900). Prozentuell entfallen auf die öffentliche Stellenvermittlung 88,96 Prozent, auf die gewerkschaftliche 5,71 Prozent, auf die konfessionierte 2,81 Prozent und auf die sonstige 289 Prozent des Gesamterfolges, den Ländern nach auf Böhmen 79,47 Prozent, auf Mähren-Schlesien 16,53 Prozent, auf die Slowakei 3,10 Prozent und auf Karpathenland 0,81 Prozent (auf die öffentliche allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung in Nordböhmen entfallen 22,77 Prozent). Die öffentliche unentgeltliche allgemeine Arbeits- und Dienstvermittlung würde sicher noch mehr erreichen, wenn sie überall das nötige Verständnis finden würde und wenn es tatsächlich zu einem gleichmäßigen Aufbaue derselben in allen Teilen des Staates käme. Die Entscheidung — wenigstens in Böhmen — liegt nur in den Händen der Bezirksämter und Bezirksvertretungen, die hier die Gelegenheit haben, der Bevölkerung — sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer — durch den besseren und weiteten Ausbau der Bezirksämter für Arbeitsvermittlung zu dienen. Im Interesse der Bevölkerung ist es, die Dienste dieser unentgeltlichen Stellenvermittlung in Anspruch zu nehmen. Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit werden besonders alle Arbeitgeber von den öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten wiederholt ersucht, sich im Bedarfsfalle derselben zu bedienen.

Für Kinder nur Chlorodont
 Jung gewohnt ist alt getan! So heißt's im Sprichwort und so bin ich auch mit Ihrer Chlorodont-Zahnpaste gefahren. Als Knabe kaufte mir die Mutter schon immer obige Paste und ich weiß mich kaum jemals zu erinnern, eine andere gebraucht zu haben. Tube 4 Kc und 6 Kc, Zahnbürsten 7 Kc und 8 Kc, für Kinder 5 Kc

